

Leitungskreis: Dietrich Becker-Hinrichs, Udo Grotz, Dr. Dirk-M. Harmsen,
Jürgen Stude, Dr. Wilhelm Wille, Dietrich Zeilinger, Theodor Ziegler

Editorial von Dr. Dirk-M. Harmsen

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa ist konfrontiert mit einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen, die überwiegend aus dem mittleren und nahen Osten, aber auch aus Afrika und den westlichen Balkanländern kommen. Erst in jüngster Zeit rücken die Ursachen für diese Flüchtlingsbewegungen in den Blick der weltweit agierenden Politiker, die nicht wahrhaben wollen, dass ihr Handeln zu einem guten Teil mitverantwortlich ist für die Kriege, die die bedrohten Bevölkerungen zum Fliehen veranlassen.

Angesichts dieser Entwicklungen stellte das Forum Friedensethik seinen Studientag im November 2015 unter das Thema "**Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik**". Dieser Rundbrief dokumentiert die vier Plenumsvorträge.

Des Weiteren werden einige friedensethische Positionen der letzten Monate zur Diskussion gestellt.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, Sie hinzuweisen auf eine Projektgruppe, die auf der Grundlage von Beschlüssen der Landessynode vom Oktober 2013 unter dem Titel "Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79)" sich im Herbst 2015 konstituierte und ihre Arbeit aufgenommen hat. Der spezifische Beschluss unter Ziffer I.6 lautete: "*Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es – möglicherweise in Ab-*

stimmung mit anderen EU-Mitgliedsstaaten – ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen. Mitglieder und Mitarbeitende des EOK sowie Synodale werden gebeten, dieses Anliegen bei Begegnungen mit den in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zusammengeschlossenen Kirchen einzubringen." Die Projektgruppe ist ökumenisch und interdisziplinär zusammengesetzt. Sie besteht aus 13 Mitgliedern.

Zunächst sollen bis zum Herbst 2017 drei Szenarien als Kontrast zu einander entwickelt werden mit einer zeitlichen Reichweite bis 2030 mit folgenden Arbeitstiteln: a) Szenario "Für eine andere Sicherheit" (Positivszenario); b) Szenario "Militarisierung der Gesellschaft" (Trendszenario); c) Szenario "Völkerwanderung" (Negativszenario).

Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen dann bis zum Herbst 2018 in verschiedenen kirchlichen und nicht-kirchlichen Gremien diskutiert werden, um sie schließlich der Landessynode zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Zu guter Letzt möchte ich Sie einladen zu unserem FFE-Studientag am 19. November 2016 in Karlsruhe. Bitte notieren Sie sich diesen Termin in Ihrem Kalender (siehe unten) und melden Sie sich nach Möglichkeit auch frühzeitig bei mir an.

Einladung zum FFE-Studientag 2016

Pulverfass Nahost – Sind die Luntten löschar?

Termin: Samstag, der 19. November 2016, 10.30 – 17.30 Uhr

Ort: Albert-Schweitzer-Saal in Karlsruhe
Reinhold-Frank-Straße 48a (beim Mühlburger Tor),

Andreas Zumach wird den geopolitischen Hintergrund beleuchten, ein ehem. Offizier soll die Widersprüchlichkeiten der gegenwärtigen militärischen Strategien erläutern. Weitere Themen werden sein: Militärmissionen und ihre Auswirkungen auf die weltweite Entwicklung; Nicht-militärische Konfliktlösungen für Nahost. (Dies alles sind augenblicklich noch Arbeitstitel.)

Inhalt

Editorial von Dr. Dirk-M. Harmsen	1
Einladung zum FFE-Studentag 2016.....	1
Ergebnisse des FFE-Studentags 2015	3
Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach	3
Zur Entstehung des Themas	3
Sicherheits- und Friedenslogik im Vergleich	3
Ein friedenslogisches Herangehen führt zu anderen Antworten.	5
Friedenslogische Transformation	7
Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik – gegenwärtige Lage aus außenpolitischer Sicht von Dr. rer. nat. Ute Finckh-Krämer MdB.....	8
Der Zivile Friedensdienst als Praxis der Friedenslogik von Susanne Luithlen	10
Einleitung	10
Der Zivile Friedensdienst (ZFD).....	11
Der ZFD und das Konzept der Friedenslogik.....	11
Schlussbetrachtungen	15
Was können die EKD und die Landeskirchen beitragen zur Realisierung der Friedenslogik? von Oberlandeskirchenrat i.R. Dr. Christoph Münchow	16
Wir fangen nicht beim Nullpunkt an: die Vorgaben	16
Was kann die EKD beitragen zur Realisierung einer Friedenslogik?	17
Was können die Landeskirchen beitragen zur Realisierung der Friedenslogik?.....	20
Kurzer Bericht über die am Nachmittag tagenden Arbeitsgruppen und die FFE-Mitgliederversammlung von Dr. Dirk-M. Harmsen	22
Friedensethische Positionen (eine Auswahl)	25
Aus einem Geschichtsbuch im Jahre 2115 von Theodor Ziegler (6.03.2015).....	25
Stellungnahme bei der Podiumsdiskussion „Wie wird Friede?“ am 4.6.2015 im Zentrum Frieden 2015 in der Friedenskirche in Stuttgart von Theodor Ziegler	25
Bericht des Bischofs für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr an die EKD-Synode 2015 von Dr. Sigurd Rink	27
Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eckpunkte zum Weißbuch 2016 von Renke Brahms und Dr. Sigurd Rink (14.10.2015)	31
70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg und (k)ein bisschen Frieden. Impulsreferat für eine Podiumsdiskussion mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten am 20. Nov. 2015, 19 Uhr in Lörrach von Theodor Ziegler	34
Die Kriterien für einen Einsatz sind nicht erfüllt. Eine Stellungnahme des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer militärischen Beteiligung Deutschlands am Kampf gegen den sog. „Islamischen Staat“ in Syrien von Renke Brahms, EKD-Friedensbeauftragter (2.12.15)	36
Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden, Stellungnahme der Ev. Landeskirche in Baden zum geplanten Militäreinsatz in Syrien (03.12.2015)	38
Impressum	40
Beitrittsformular	40

Ergebnisse des FFE-Studentags 2015

Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik

von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach

Zur Entstehung des Themas

Die Ursprünge der Diskussion um Sicherheits- und Friedenslogik liegen in der Zeit des Ost-West-Konflikts. Damals gründeten die Supermächte und ihre Bündnisse ihre Sicherheit auf die atomare Abschreckung und ordneten alle anderen Fragen diesem Konzept unter. Das Konzept der atomaren Abschreckung geriet jedoch bald unter die Kritik der Friedensbewegungen in Ost und West wie auch seitens der Friedens- und Konfliktforschung, die in den 1960er Jahren entstand. Sie argumentierten: Wer seine Sicherheit auf atomare Abschreckung stützt, riskiert eine Eskalation mit Massenvernichtungsmitteln, deren Zerstörungsfolgen ethisch nicht gerechtfertigt werden können. Ein zweites Argument kam aus dem Süden: Es richtete sich dagegen, dass der auf den Ost-West-Konflikt bezogene Sicherheits- und Friedensdiskurs Fragen der strukturellen Ungerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen ausklammerte. Beide Kritikelemente, die Ablehnung der „Logik und Praxis der Abschreckung“ mit atomaren Massenvernichtungswaffen und die Kritik der strukturellen Gewalt wurden zu Kernelementen des Leitbildes vom „gerechten Frieden“, das in der Friedensforschung wie in der Ökumene breit diskutiert, entwickelt und eingefordert wurde.

Als der Ost-Westkonflikt zu Ende geht, waren viele überrascht, wie relativ friedlich das geschehen konnte. Es gibt dafür mehrere Gründe. Es war gelungen, die Eskalationsdynamik der atomaren Abschreckung zu bremsen, weil sich gegen die Logik der Abschreckung in der Praxis der west-östlichen Politik eine Haltung entwickelt hatte, die auf Entspannung, auf Gemeinsame Sicherheit und verstärkten Ost-West-Austausch und Entfeindung setzte, und auch, weil der damalige Präsident der Sowjetunion von Friedensprozessen glücklicherweise erstaunlich viel verstanden hatte. Friedenslogische Grundelemente hatten in die Politik Eingang gefunden. Dieser friedenspolitische Aufwind erfasste jedoch nicht die Nord-Süd-Beziehungen. Eine Agenda für weltweite Gerechtigkeit blieb aus. Und der friedenspolitische Schub hielt nicht an.

Zwar stieg in den 1990er Jahren das Interesse an präventive Diplomatie, an Friedensursachen und den Möglichkeiten ziviler, konstruktiver Konfliktbearbei-

tung – aber gegenläufige Entwicklungen verdrängten den breiten Friedensbegriff aus dem politischen Diskurs, es kam zu einer „Versicherheitlichung“ des entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Diskurses, es kam zur Ausweitung militärischer Interventionen und damit verbunden zur neuerlichen Rechtfertigung des Krieges. Bemühungen um Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik sowie um Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung wurden aus dem Friedensdiskurs herausgelöst und in das Konzept der umfassenden und vernetzten Sicherheit eingebettet. Diese Einbettung führte dazu, dass das für den Friedensdiskurs charakteristische Ringen um die Einheit von Zielen und Mitteln im Prozess der Friedensstiftung ausgebremst wurde. Johan Galtung hatte dafür die Formulierung gefunden: „Peace by peaceful means“, Frieden durch friedliche Mittel. Dieter und Eva Senghaas arbeiteten mit der Formulierung: „Si vis pacem para pacem“, wenn Du Frieden willst, bereite Frieden vor. Im Rahmen des erweiterten Sicherheitsbegriffs hatte diese friedenspolitische Programmatik, zunächst kaum politischen Entwicklungschancen.

Gegen die Wirkungsmacht dieser sicherheitslogischen Einbettung der Politikfelder Entwicklung, Menschenrechte und zivile Konfliktbearbeitung richtet sich die neuere Diskussion um Friedenslogik. Darin geht es wieder um die Kritik, aber vor allem auch um die konstruktive Suche nach Alternativen und wendet sich gegen die Behauptung, es gäbe keine. Es ist vor allem das Verdienst der Plattform zivile Konfliktbearbeitung, dass diese Intention formuliert und ausgearbeitet wurde.

Sicherheits- und Friedenslogik im Vergleich

Warum kommt es zu der strikten Gegenüberstellung von „Friedenslogik versus Sicherheitslogik“? Das Anliegen, friedenslogisches Denken und Handeln als mögliche Alternative zum sicherheitslogischen Mainstream sichtbar zu machen, stieß auf die Behauptung, Frieden sei nur noch ein Begriff für Sonntagsreden. Sicherheit sei der tragende Begriff der Zukunft, Frieden sei in Sicherheit aufgegangen und man könne Frieden und Sicherheit nicht unterscheiden.

Tatsächlich sind beide Begriffe Frieden und Sicherheit schwierig und politisch aufgeladen. Das Nachdenken darüber, wie man diese Begriffe definiert, füllt Bibliotheken. Sehr viel erschließt sich jedoch mit erfahrungsgeschultem Menschenverstand.

Wer sich zwei Minuten nimmt und fragt, worin der Unterschied zwischen „Friedenserziehung“ und „Sicherheitserziehung“ oder einem „Friedensgebet“ und einem „Sicherheitsgebet“ bestehen könnte, wird unmittelbar spüren, welchen Unterschied es macht, wenn man „Sicherheit“ und wenn man „Frieden“ als Vorsilbe einsetzt. Und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass eben dieser Unterschied in den diversen Politikbereichen nicht gilt.

Friedenslogisch vorzugehen, heißt, ein Problem im Rahmen der Aufgabe her zu betrachten, Frieden zu

schaffen und das heißt Beziehungen zu ermöglichen, in der Gewalt unwahrscheinlich wird, weil Kooperation gelingt. Wie kann man wissen, was man dazu tun muss? Eine Methode, besteht in der Gegenüberstellung. So werde ich im folgenden Sicherheitslogik und Friedenslogik einander gegenüber stellen und schrittweise fünf Kernfragen stellen. (1) Was wird als das Problem definiert? (2) Wie ist es entstanden? (3) Welche Mittel werden zur Problemlösung eingesetzt? (4) Wie wird das Handeln legitimiert? (5) Wie wird auf Misserfolg reagiert? Wenn ich den Sicherheitsbegriff zum Ausgangspunkt nehme, komme ich zu anderen Antworten und Schlussfolgerungen als wenn ich den Frieden zum Ausgangspunkt nehme.

Zunächst zu den sicherheitslogischen Antworten.

Kernfragen	Modell Sicherheitslogik	Modell Friedenslogik
1. Problem?	Bedrohung: Abwehr	Gewalt: Vorbeugung
2. Entstehung?	Außen: Distanz	Zwischen: Transformation
3. Mittel?	Gegen: Unbegrenzt	Mit: Dialogverträglich
4. Legitimität?	Partikular: eigenes Recht	Universal: Globalverträglich
5. Misserfolg?	Kontinuität: Eskalation	Fehlerfreundlich: Reflexivität

(1) Was ist das Problem? Im sicherheitslogischem Rahmen ist mein Problem eine Bedrohung. Daraus ergibt sich eine Handlungsanforderung. Wenn ich einen Staat, eine Gesellschaft, eine Gruppe von Personen, z.B. Flüchtlinge, als Bedrohung wahrnehme, dann muss ich alles dafür tun, dass diese Bedrohung mich nicht trifft. Die Gefahrenabwehr bestimmt mein Denken und Handeln. Ich muss die Bedrohung ab-

wehren.

(2) Wie entsteht diese Bedrohung, was sind seine Ursachen? Ich mache eine Bedrohungs- oder Risikoanalyse und nehme an: Diese Bedrohung kommt von außen. Ich distanziere mich von der Bedrohungsquelle, ziehe Grenzen und gehe gegen die Bedrohung vor.

(3) Was sind die Mittel der Gefahrenabwehr? Ich schließe die Reihen im Inneren, und ich rüste mich gegen die Gefahr von außen, um mich gegen sie verteidigen zu können, lieber ohne, aber notfalls auch mit militärischer Gewalt. Das bringt mich unter das Diktat des Notfalls, auf dessen Eintreten ich mich vorbereite, weil ich keine Chancen sehe, ihn durch mein eigenes Handeln auszuschließen. Weil der Not- und Verteidigungsfall eintreten kann, bereite ich mich kontinuierlich auf diesen Notfall selbst in Zeiten vor, in denen ich nur eine abstrakte Bedrohung wahrnehme – und zwar – ungeachtet der möglichen Folgen für den „Ernstfall Frieden“ (Gustav Heine mann).

(4) Wie begründe und rechtfertige ich diese Orientierung auf die Gefahrenabwehr? Ich sehe mich mit meinen Anstrengungen zur Abwehr oder Einhegung der Bedrohung im Recht und auch in der Pflicht. Denn ich betrachte die Verteidigung meiner Interessen als vorrangig und sofern ich in einem Rechtsstaat lebe, organisiere ich diese Verteidigung auch rechtmäßig. Sollte mein Handeln mit allgemeinen Normen kollidieren, passe ich die Normen an.

(5) Was ist die sicherheitslogische Antwort darauf, wenn die Bedrohung nicht nachlässt, die Abwehrziele nicht erreicht werden? Sicherheitslogische Politik reagiert mit Kontinuität und Verstärkung der eingesetzten Mittel – also mit Eskalation.

Am Beispiel der Flüchtlingspolitik geht die sicherheitslogische Erzählung etwa so: Ich nehme Flüchtlinge als eine Bedrohung meiner Grenzen, meiner staatlichen Kontrolle, meiner Ordnung und Kultur wahr – allerdings nur, sofern sie nach Europa kommen oder kommen können. (Die Mehrheit der weltweiten Flüchtlinge sehe ich nicht.) Ich bemühe mich darum, die Bedrohung in Gestalt der Flüchtlinge abzuwehren. Die Entstehung des Flüchtlingselends lokalisier ich außerhalb meiner eigenen Welt. Ich nehme an, dass die Fluchtursachen nichts mit mir und meiner Welt zu tun haben. Ich rüste mich zur Abwehr gegen Flüchtlinge mit bürokratischen, polizeilichen, diplomatischen oder auch militärischen Mitteln – und sehe mich dabei im Recht. Wo mein Handeln geltenden Rechtsnormen widerspricht, versuche ich diese Rechtsnormen meinen Interessen anzupassen. Zum Beispiel füge ich einen Artikel 16 a in mein Grundgesetz ein oder bestehe auf der Einhaltung der von mir geprägten europäischen Abkommen, die mich weitgehend von rechtmäßigen Asylanträgen verschont. Wenn das alles nicht ausreicht, verstärke ich die bisherigen Mittel, plane einen Krieg gegen Schlepper und versuche, die VN dazu zu bringen, dem zuzustimmen.

Ein friedenslogisches Herangehen führt zu anderen Antworten.

(1) Mein Problem ist die Gewalt und das Leid von Menschen, die Verletzung ihrer Grundbedürfnisse nach Überleben, Wohlbefinden und Freiheit. Die Anstrengungen richten sich darauf, die (mögliche) Gewalt zu verringern und ihr vorzubeugen. Im Fall der Flüchtlinge trifft es nicht wenige, sondern 60 Millionen Flüchtlinge. Alle meine Anstrengungen richten sich darauf, dem Flüchtlingselend vorzubeugen oder es zu mildern – vor der Flucht, auf der Flucht, bei Ankunft an einem neuen Ort.

(2) Wie entsteht die Gewalt? In der Friedens- und Konfliktforschung geht man davon aus, dass Gewalt in Konfliktkonstellationen entsteht, in denen die beteiligten Akteure versuchen, ihre Interessen ungeachtet der Interessen anderer durchzusetzen. Nicht Bedrohungs- und Risikoanalysen, sondern Konfliktanalysen bilden die Grundlage, um zu erkennen, welche Veränderungen in den Beziehungen zwischen Konfliktbeteiligten notwendig sind, damit Grundbedürfnisse zählen und Menschenrechte einlösbar werden.

In der Regel handelt es sich um komplexe Konstellationen, in denen sich mehrere Konflikte überlagern. Die Aussichten, diese Konfliktkonstellationen zu beeinflussen, steigen mit der Erkenntnis der Eigenbeteiligung.

Auch Flüchtlingselend entsteht im Rahmen von Konfliktkonstellationen, an denen Europäer ursächlich beteiligt sind und die sie daher direkt beeinflussen können. Ich sage ausdrücklich nicht, die Europäer sind an allem Schuld. Es geht um die Klärung von Eigenbeteiligung. In der Septemberausgabe der Sendung „Die Anstalt“ wurde dazu aufgefordert, kurz die wichtigste Fluchtursache zu benennen. Die Antwort bestand aus drei Buchstaben: „Wir“. Das ist eine sehr zugespitzte Formulierung. Aber sie ist insofern richtig, weil die eigene Mitverantwortung, der eigene Anteil – so gering er auch immer sein mag – den wichtigsten Ansatzpunkt bietet, um etwas zu verändern. Zur Erinnerung: auch am Anfang der Neuen Ostpolitik erinnerte Willy Brandt an die Verbrechen des Nationalsozialismus mit einem Kniefall. Er tat dies gegen viele Anfeindungen und machte damit seinen politischen Willen zu einem Neuanfang glaubwürdig. Mindestens drei Konfliktlinien – die internationale, die europäische und die nationale – bieten für Konflikttransformationen Ansatzpunkte. Auch für die Konfliktanalyse gilt es, den weiten Blick auf das Gewaltgeschehen auszuhalten.

a) Der Druck und Zwang zu fliehen hat seine Ursachen in den Herrschaftsverhältnissen in den Krisen-

und Kriegsgebieten. Dies ist die Ebene der internationalen Politik. Wenn Europäer Fluchtgründe reduzieren wollen, können sie dies am ehesten, indem sie ihre Art der Beteiligung korrigieren. Das heißt zum Beispiel Waffenhandel zu unterlassen, faire Handelsbeziehungen mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Bekleidung zur Regel zu machen, internationalen Konzernen abzuverlangen, Arbeitsnormen einzuhalten und sich selbst an Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung gebunden zu wissen und auch der eigenen Bevölkerung zu erklären, warum das vernünftig ist.

b) Diese Gewaltursachen erklären jedoch nicht, warum Menschen auf der Flucht ertrinken oder an den Außengrenzen frierend und hungernd festgehalten werden. Ursachen für dieses Elend liegen auf der Ebene inner-europäischer Konflikte um Ausgleich von Macht und Dominanz, um Misstrauen und Vertrauensbildung in der Europapolitik.

c) Eine dritte Konfliktlinie finden wir auf der nationalen Ebene. Für flüchtlingsfeindliche Demonstrationen, Hassreden, brennende Flüchtlingsunterkünfte, Anschläge auf Kommunalpolitiker und Fremdenfeindlichkeit kann man nicht die Krisengebiete im Nahen Osten oder die europäische Politik in Brüssel verantwortlich machen. Diese Gewalt entspringt dem Inneren der nationalen Gesellschaften.

Fazit: Erkennt man das Leid der Flüchtlinge als Resultat von Konflikten, an denen die europäischen Gesellschaften direkt oder indirekt beteiligt sind, dann konfrontiert dies mit einem sehr breiten politischen Handlungsfeld, das von der Überwindung von Fluchtursachen in den Krisengebieten zur Entfeindung und Vertrauensbildung in Europa bis zum sozialen Ausgleich in den europäischen Metropolen und ihren Peripherien reicht.

Zurück zum Modell

(3) Welche Mittel sind geeignet? Friedenslogische Politik setzt auf die Wirksamkeit von zivilen, dialogverträglichen Mitteln, und zwar aus guten Gründen. Denn Zwangsmittel und Gewaltanwendung machen kooperative Problemlösung mit breiter Beteiligung von Betroffenen, die an der Einhaltung ein Interesse haben und für die Einhaltung sorgen, unwahrscheinlich. Auf allen Konfliktebenen geht es um Dialogformate, die zu politischen Entscheidungen führen können, an die ohne Dialog niemand auch nur zu denken wagen würde. Am Beispiel der Flüchtlingspolitik:

Auf der internationalen Ebene heißt Dialog zum Beispiel, einen Verhandlungsmarathon darüber zu initiieren, wie das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen so ausgestattet werden kann, dass es seine Arbeit

tun kann. Es gibt keine Chancen, die Mitgliedsstaaten zu weiteren Zahlungen zu zwingen, man muss sie überzeugen. Und es wäre sicherlich hilfreich für einen solchen Verhandlungsmarathon, wenn Deutschland nicht die Türkei dafür bezahlen würde, Flüchtlinge von Deutschland fernzuhalten, sondern das Geld dem Flüchtlingswerk der VN geben und dieses entscheiden lassen würde, wo es am dringlichsten gebraucht wird.

Auch für die europäischen Ebene gilt: Weder Deutschland noch die Europäische Kommission können EU-Länder zwingen, Reformen zu verabschieden, denen sie nicht folgen wollen, und sich zum Beispiel auf ein Quotensystem der Verteilung von Flüchtlingen einzulassen. Vielmehr sind Aushandlungsformen erforderlich, die den Eigentümlichkeiten des politischen Systems der Europäischen Union einerseits und den unterschiedlichen wohlfahrtstaatlichen Systemen der Mitgliedsstaaten entsprechen. Die Europapolitik kennt überzeugende Methoden, um Einigungen zu erreichen. Dazu gehört neben der Zahlung von Transferleistungen, die Methode der offenen Koordination oder die Verständigung im kleinen Kreis, die Nachahmung findet.

Auf der nationalen innenpolitischen Ebene geht es um die Ausweitung dialogischer Prozesse zur Lösung dessen, was mit dem Stichwort „Integrationsproblem“ noch sehr unklar formuliert ist. Notwendig sind Dialogformate, die aus der Polarisierung hinaus- und nicht immer tiefer in sie hineinführen und die auch eine Beteiligung der Flüchtlinge ermöglichen. Nicht einfache Lösungen, sondern Herkulesaufgaben stehen vor uns.

(4) Woran bemisst sich die Legitimität friedenslogischen Handelns? Als ethische Orientierung gilt das Kriterium der Allgemeinverträglichkeit. Falls die Einhaltung allgemeiner Normen meinen Interessen widerspricht, korrigiere ich meine Interessen – nicht die Normen. Dafür gibt es ein Verfahren, das der Friedensforscher Johan Galtung „Legitimationsarbeit“ genannt hat. Sie beginnt mit der Überprüfung der Legitimität von Partikularinteressen anhand von Grundsätzen, die universal, unabhängig von kulturellen Hintergründen gelten können. Zu den Grundsätzen gehören die Menschenrechte, das Völkerrecht, aber auch ethische Grundsätze, für die es in allen Kulturen ähnliche Formulierungen gibt. In Deutschland ist es der kategorische Imperativ „Frage dich: Kannst Du wollen, dass alle anderen Staaten in anderen Regionen, sei es Südafrika, Jemen, Jordanien oder die Türkei, deine Flüchtlingspolitik übernehmen?“

Kommt es zur Kollision zwischen ethischen Maßstäben und den partikularen Interessen wird es notwen-

dig, die eigenen Interessen so zu modifizieren, dass sie allgemeinverträglich werden. Ein vergleichsweise gut erforschtes Beispiel für diese Legitimationsarbeit ist der Rüstungsexport. Es heißt noch immer, Rüstungsexporte seien notwendig, um Arbeitsplätze zu erhalten. Erste Feststellung: Das Interesse an Arbeit ist legitim! Zweite Feststellung: Arbeit durch Rüstungsexporte bedeutet voraussichtlich eine Verstärkung von Fluchtursachen und Flüchtlingselend. Dritte Feststellung: Das macht die konkrete Arbeit illegitim. Vierte Feststellung: Die Lösung heißt Konversion, Arbeitsplätze in friedensverträglichen Sektoren. Wenn das geklärt ist, braucht man Kreativität und offenen innerbetrieblichen Dialog.

(5) Wie reagiert friedenslogische Politik auf Misserfolge? Friedenslogische Politik weiß um die Möglichkeit, dass auch ihre Aktionen die beabsichtigten Wirkungen nicht so erreichen wie geplant und erwünscht. Sie achtet deshalb auf Unabwägbarkeiten, trifft Entscheidungen auf Probe. Dann kann man erstens Erfahrungen machen, und zweitens erfahrungsgestützte Korrekturen vornehmen. Friedenslogische Politik organisiert sich daher Kritik, hört sie und ersucht um Rat für Verbesserungen. In der Flüchtlingspolitik würde es heißen, den Königsteiner Schlüssel zu reformieren, nach dem Asylbewerber in Deutschland verteilt werden. Warum mit einem Verfahren nicht Erfahrungen machen, das es Flüchtlingen ermöglicht zwischen zwei oder drei Regionen zu wählen, in denen sie ihren Status am besten klären können? Warum ihnen nicht die Möglichkeit geben, bei Familienangehörigen, die schon hier sind, unterzukommen statt in Not- und Massenunterkünften ohne sozialen Halt? So viel zu Entscheidungen auf Probe.

In jedem Fall brauchen diejenigen, die in der konkreten Friedens- und Flüchtlingsarbeit, ob in der Verwaltung oder als Ehrenamtliche, tätig sind, Gelegenheiten zur Selbstbesinnung im Hinblick auf alle fünf Dimensionen der Friedensarbeit,

1. um auszuhalten, wie begrenzt die eigenen Fähigkeiten sind, Gewalt und Elend von Flüchtlingen zu mindern und das Wenige möglich zu machen,
2. um Verstrickungen in Gewaltzusammenhänge zu begreifen, auszusprechen und koordiniert zu bearbeiten,
3. um Ungeduld in produktive Bahnen zu lenken,
4. um die Veränderbarkeit partikularer Interessen zu erkennen
5. und um Frustration in Energie für langfristige Prozesse umzuwandeln.

So viel zur Unterscheidbarkeit von Sicherheitslogik und Friedenslogik. Aber wozu ist diese Unterscheidung gut? Und ist eine friedenslogische Politik nicht total unrealistisch?

Friedenslogische Transformation

1. Zwischen Friedens- und Sicherheitslogik existieren Verbindungen und Zwischenräume. In beiden Logiken ist Krieg kein Ziel und kein Wert. Beide zielen darauf, Krieg zu vermeiden. Sie unterscheiden sich allerdings in den Methoden. In einem Fall orientieren diese sich am äußersten Notfall, im anderen Fall am Ernstfall Frieden. In beiden Logiken ist Sicherheit ein hoher Wert, wenngleich der Begriff unterschiedlich verstanden wird. In einem Fall geht es um die Sicherheit vor einem Gegner oder einer Gefahr – im anderen Fall um die Möglichkeit, auch im Konfliktfall eine Verletzung menschlicher Grundbedürfnisse mit dem Konfliktgegner zu vermeiden. Wichtig ist: Auch Friedenslogik anerkennt das Grundbedürfnis jedes Menschen nach Sicherheit und Schutz vor Gewalt einschließlich der Freiheit von Not und Furcht. Die Kontroverse geht darum, wie das geschehen kann. Die friedenslogische Annahme besagt, dass Sicherheit vor Gewalt nachhaltig nicht auf paradoxe Weise durch Androhung oder Anwendung von Gewalt, also die Sicherheit anderer gefährdend erreicht werden kann, sondern nur über den Aufbau und die Ausweitung kooperativer und problemlösungsorientierter Beziehungen. Deshalb – so die Grundthese – braucht der Schutz von Sicherheitsbedürfnissen eine friedenslogische Einbindung. Das ist der Kern: Frieden als Leitbegriff zu wählen und den Wert Sicherheit friedenspolitisch einzubetten. Das heißt also, an Frieden nicht nur insoweit zu denken, als er meine Sicherheit nicht stört. Und es heißt, die Sicherheit aller anderen zu bedenken, wenn ich an meine Sicherheit denke.

Mit der Gegenüberstellung von Sicherheitslogik und Friedenslogik habe ich Denk- und Handlungsmuster, also Modelle einander gegenübergestellt – aber nicht zwei Realitäten. Ich kann die Gegenüberstellung beider Modelle erstens benutzen, um reale Entwicklungen anhand überprüfbarer Kriterien zu kritisieren. Das fällt relativ leicht. Und ich kann die Gegenüberstellung zweitens dazu benutzen, um Ideen zu entwickeln, in welche Richtung die Realität verändert werden sollte. Und ich kann stimmige konkrete Schritte konzipieren und gehen. Insofern hat die Gegenüberstellung der beiden Logiken nicht nur einen methodischen, sondern auch einen richtungsweisenden Charakter.

Auch wenn das sicherheitslogische Muster heute breite Felder der Außen- und Innenpolitik und unsere Denkgewohnheiten dominiert, so sind doch in der gleichen Realität parallel ermutigende, friedenslogische Praktiken entstanden. Viele Menschen ringen darum, friedenslogische Praktiken auszuweiten, das gilt für die internationale Politik und ihre Akteure

und das gilt für die Innenpolitik und ihre Akteure. Das gilt auch in der Flüchtlingspolitik. Vielleicht entsteht etwas Ähnliches wie zur Zeit des Ost-West-Konfliktes, als in der Ära Kohl die Entspannungspolitik selbst von denjenigen praktiziert wurde, die sie eigentlich abgelehnt hatten.

Die Frage, die in der Forderung des Titels: „Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik“ steckt, ist also: Wie können wir eine Neuorientierung auf den Weg zu bringen und eine Praxis entwickeln, die den fünf friedenslogischen Prinzipien besser entspricht als die gegenwärtige Praxis? Friedenslogisch geht es also um Möglichkeiten der Gewaltprävention und Konflikttransformation, um dialogverträgliche, kooperative Mittel, um globalverträgliche Lösungen, und darum, aus eigenen Fehlern zu lernen.

Friedensarbeit in dieser Konzeption ist keine Ein-Punkt-Bewegung, sondern ein breites und komplexes Vorhaben, in dem lang- und kurzfristige Aufgaben schlüssig mit einander verbunden sind. Eine mentale Neuorientierung, wie es im Titel heißt, von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik, bedeutet Arbeit auf vielen Ebenen und ist nur als arbeitsteiliger Prozess

Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik – gegenwärtige Lage aus außenpolitischer Sicht von Dr. rer. nat. Ute Finckh-Krämer MdB

(nachträglich aus Stichworten erstellter, aktualisierter Text)

Für außenpolitisches Handeln ist es zentral, von welchem Friedensbegriff ausgegangen wird: Frieden als Abwesenheit von Krieg - oder Frieden als Prozess der gleichzeitigen Reduzierung von Not, Unfreiheit/Ungerechtigkeit und Gewalt? In der Diskussion um „Friedenslogik“ wird der zweite Friedensbegriff verwendet, in der Außenpolitik noch oft genug der erste.

In den letzten Jahren macht sich unter den außen- und sicherheitspolitisch Verantwortlichen in Deutschland eine zunehmende Ernüchterung breit, was mit militärischen Mitteln erreicht werden kann. Das militärische Eingreifen in den afghanischen Bürgerkrieg mit wechselnden Strukturen und wechselnden Kriegszielen hat das Land dem Frieden kein Stück näher gebracht. Die politische Sackgasse, in die der Vertrag von Dayton Bosnien-Herzegowina geführt hat oder die desolante politische und wirtschaftliche Lage im Kosovo können nicht ernsthaft als Erfolg im Sinne eines gelungenen Friedensprozesses bezeichnet werden. So wird von Sicherheitspolitikern und Militärvertretern inzwischen schon routinemäßig versichert, dass militärisches Eingreifen Konflikte nicht lösen,

mit vielen verbundenen Lernschritten denkbar. Worum es in dieser vielfältigen Arbeit geht, habe ich in den fünf Grundregeln friedenslogischen Denkens und Handelns zusammengefasst. Sie betreffen Frieden als Ziel, Frieden als Weg, Frieden als Methode, Frieden als Kompass, Frieden als Rückbesinnung.

- 1 Gewalt als Verletzung von Grundbedürfnissen umfassend wahrnehmen und vorbeugen;
- 2 Ursachen für Gewalt in Konflikten mit Eigenbeteiligung erkennen und bearbeiten;
- 3 Bindungen zwischen allen Seiten und kreative Dialoge organisieren;
- 4 Interessen allgemeinverträglich umformen;
- 5 Fehler aufspüren, korrigieren und ihre Folgen heilen.

Zum Weiterlesen:

- Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung, Wissenschaft und Frieden, Dossier 75, 2014
- Leitbild Frieden. Was heißt friedenslogische Flüchtlingspolitik? Reihe Dialog, Brot für die Welt, 2015.

höchstens Zeit für eine Lösung verschaffen kann. Es gibt allerdings kein Beispiel dafür, dass militärisches Eingreifen von außen in einen bereits eskalierten Konflikt tatsächlich den Raum für eine politische Lösung geschaffen hat. Allenfalls wurde erreicht, dass Konflikte „eingefroren“ wurden.

Nach der Ernüchterung über das militärische Eingreifen auf dem Balkan und in Afghanistan und die offensichtlich desaströsen Folgen des Sturzes von Saddam Hussein im Irak durch einen offenen Angriffskrieg wurde der Begriff „Stabilität“ als erhaltens- oder anstrebenswerter außen- und sicherheitspolitischer Zustand entdeckt. In den letzten Jahren wurden allerdings mehrere autoritäre Regime, deren Stabilität mittelfristig als sicher erschien und die deswegen ökonomisch und meist auch durch Militärhilfe und Waffenlieferungen unterstützt wurden, durch gewaltarme Aufstände gestürzt (Ägypten, Tunesien) oder versanken im Bürgerkrieg (Syrien, Libyen – der Sturz Gaddafis durch externe Militärintervention hat den Bürgerkrieg nicht beendet, eher verschärft). Daher ist absehbar, dass es auch in Bezug auf diesen Begriff über kurz oder lang eine deutliche Ernüchterung geben wird.

Im Ukraine Konflikt wurde von Deutschland intensiv und unter professionellem Einsatz diplomatischer Mittel für eine politische Lösung gekämpft. Es wurde sauber analysiert, dass es mehrere miteinander verknüpfte Konflikte gibt, und es wird eine offene Debatte darüber geführt, was in den letzten Jahren im Verhältnis NATO-Russland oder in der EU- und NATO-Erweiterungs- bzw. Nachbarschaftspolitik schief gelaufen ist. Deutschland hat sich auch in den Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm intensiv für eine diplomatische Lösung eingesetzt und zum Verhandlungserfolg entscheidend beigetragen. Die mühsamen Verhandlungsprozesse sowohl zur Beendigung des Kriegs in der Ostukraine als auch um das iranische Nuklearprogramm folgten im Großen und Ganzen friedenslogischen Grundsätzen. Dasselbe gilt mit Einschränkungen für die Verhandlungen über die Deklaration und Vernichtung der syrischen Chemiewaffen, die zumindest die Eskalationsdynamik des syrischen Bürgerkriegs dämpften.

Der von Susanne Luithlen vorgestellte zivile Friedensdienst, das Förderprogramm zivik (Zivile Konfliktbearbeitung), das aus Mitteln des Auswärtigen Amtes bezahlt wird, das „Zentrum für Internationale Friedenseinsätze“, das OSZE-Beobachter, Wahlbeobachter und zivile Fachkräfte für den Einsatz in EU- oder VN-Missionen ausbildet, zeigen, dass inzwischen auch friedenslogische Ansätze in der offiziellen Politik und im Regierungshandeln einen Platz gefunden haben. Im November 2014 fand im Auswärtigen Amt eine hochrangig besetzte Fachkonferenz über Mediation statt. Ein Workshop zu diesem Thema stieß bei der Botschafterkonferenz im August 2015 auf großes Interesse. Ein Ergebnis des 2014 durchgeführten Review-Prozesses des Auswärtigen Amtes war eine Aufwertung des Themas Zivile Krisenprävention. In die neue Abteilung für Zivile Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge wurden die Abteilungen Abrüstung und Vereinte Nationen integriert.

Trotzdem wird immer wieder in der außen- und sicherheitspolitischen Debatte die falsche Alternative „militärisch eingreifen bzw. eine oder mehrere Kriegsparteien unterstützen oder gar nichts tun“ diskutiert. Außerdem wird Militär unreflektiert als das staatliche Instrument angesehen, das die größte Wirkung erzielen kann und daher als „ultima ratio“ eingesetzt werden kann und muss. Die politischen Traumata des Völkermords in Ruanda und des Massenmords in Srebrenica führen dazu, dass in dem Augenblick, wo vermeintlich oder tatsächlich ein Völkermord oder massive Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung drohen, bei uns nach „Verhinderung mit allen Mitteln“ (im Zweifelsfall also militärischen) gerufen wird. So wurden die ersten Waffenlieferun-

gen aus Deutschland an die halbautonome kurdische Regionalregierung im Irak Ende August mit einem drohenden Völkermord an den Jesiden gerechtfertigt. Dass die ersten Waffen erst ankamen, als der größere Teil der Jesiden bereits geflohen, der kleinere Teil tot oder in Gefangenschaft geraten war und dass diejenigen, die die Waffen bekamen, gar nicht diejenigen waren, die den Fluchtweg freigekämpft hatten, wurde anschließend heruntergespielt. Weitere Waffenlieferungen und die deutsche Ausbildungsmission für die Peschmerga im Irak wurden dann nicht mehr mit einem drohenden Völkermord, sondern mit der Hoffnung auf einen militärischen Sieg über den so genannten Islamischen Staat begründet. Immer wieder hieß es: „Mit dem IS kann man nicht verhandeln“. Diese Begründung tauchte übrigens inzwischen (nach dem Studientag) auch in der Debatte um den Syrieneinsatz auf, der Anfang Dezember im Eilverfahren vom Bundestag beschlossen wurde. Dass es durchaus möglich und sinnvoll wäre, mit den gemäßigten irakischen und syrischen Sunniten zu verhandeln, die sich von schiitischen Milizen im Irak oder durch das Regime von Baschar al-Assad stärker bedroht fühlen als von IS und daher im IS-beherrschten Gebiet mit dem IS zusammenarbeiten bzw. mit ihm gemeinsam militärisch kämpfen, wird dabei ausgeblendet.

In dem Augenblick, wo über den Einsatz von Militär diskutiert und entschieden wird, geraten in der deutschen politischen Debatte die komplexen Ursachen für Gewalteskalation und die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen eines militärischen Eingreifens von außen genauso aus dem Blick wie die nichtmilitärischen Möglichkeiten, Bürgerkriegsparteien zu schwächen. Damit verengt sich die Debatte auf eine kurzfristige „Sicherheitslogik“. Das zeigt sich auch im Auswärtigen Ausschuss, wo in Bezug auf Konflikte, in denen Deutschland nicht durch militärische Beiträge involviert ist, vom Auswärtigen Amt ausgezeichnete Konfliktanalysen vorgetragen werden. Sobald deutsches Militär oder deutsche Waffenlieferungen im Spiel sind, verengt sich der Vortrag auf das Thema „Sicherheit“, je nach konkreter Situation auf die Sicherheit Deutschlands bzw. Europas oder die Sicherheit derjenigen, die vor Ort durch den Militäreinsatz geschützt werden sollen – im Irak, im Südsudan, in Mali, in Afghanistan...

Generell werden bei der Diskussion über Militäreinsätze best case-Annahmen darüber gemacht, was Militär bewirken kann und worst case-Annahmen darüber, was passiert, wenn man sich gegen ein militärisches Eingreifen entscheidet. Bei diplomatischen Initiativen Deutschlands wird dagegen im Auswärtigen Ausschuss regelmäßig betont, dass die Erfolgchancen ungewiss sind – egal, ob es um die Ukraine, um Libyen, um das iranische Atomprogramm, den politi-

schen Prozess im Irak oder die Waffenstillstandsverhandlungen in Syrien geht.

Eine der unbeabsichtigten Nebenwirkungen bzw. der Spätfolgen der sogenannten humanitären Interventionen der 90er Jahre scheint zu sein, dass sich Konfliktparteien immer häufiger darauf konzentrieren, einen möglichst starken externen Akteur zum Eingreifen zu ihren Gunsten zu bewegen. Wer in einem arabischsprachigen Land bei Protestdemonstrationen englischsprachige Plakate mit der Forderung nach Flugverbotszonen hoch hält, wendet sich offensichtlich an die internationale Öffentlichkeit, insbesondere die der USA oder Großbritannien, und nicht an die eigene Regierung oder Bevölkerung.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Wirkung von hiesigen Medienberichten, die nicht nur die politische Debatte bei uns massiv beeinflussen (meist in Richtung militärisches Handeln), sondern – was die Journalistinnen und Journalisten offensichtlich kaum registrieren – auch von unmittelbar Konfliktbeteiligten zur Kenntnis genommen werden und damit eine beträchtliche konflikteskalierende Wirkung entfalten können. Das war insbesondere bei den Kriegen auf dem Balkan in den Neunziger Jahren zu beobachten – aber auch in Afghanistan oder in arabischen Ländern gibt es Menschen, die deutsche Zeitungsberichte lesen können, im Zweifelsfall im Internet, und sie als Bestätigung ihrer Position nehmen, auch und gerade dann, wenn sie als Parteinahme zu ihren Gunsten interpretierbar sind.

Diejenigen, die sich ein bisschen mit Konfliktodynamik befasst haben, kennen die Stufen der Konflikteskalation nach Friedrich Glasl. Politiker denken aber oft in Nullsummenkategorien, was in Bezug auf Wahlen ja auch berechtigt ist – wenn eine Partei Pro-

zentpunkte gewinnt, muss mindestens eine andere Prozentpunkte verlieren, und bei der Vergabe von begehrten Posten ist der Gewinn der einen der Verlust der anderen. Dass es in eskalierten inner- oder zwischenstaatlichen Konflikten schnell zu einer Situation kommt, in der es am Ende nur Verlierer gibt, wird oft verdrängt. Eine Ausnahme bildet der Krieg in der Ostukraine – hier wurde früh von Frank-Walter Steinmeier darauf hingewiesen, dass eine Situation droht, in der alle Seiten verlieren. Dieses Argument wurde genutzt, um bei den Hauptkonfliktparteien (der ukrainischen Regierung, den Separatisten im Donbass und der russischen Regierung) Verhandlungsbereitschaft zu erzeugen bzw. zu erhalten.

Durch den Unterausschuss „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Vernetztes Handeln“ gibt es seit der letzten Legislaturperiode einen parlamentarischen Ort, an dem zivile Konfliktbearbeitung und friedenslogisches Denken diskutiert werden können und auch werden. Auch in den einschlägigen Fraktionsarbeitsgemeinschaften der SPD und in Fraktions-sitzungen, in denen Außenminister Steinmeier über aktuelle Konflikte berichtet, finden „friedenslogische“ Beiträge Gehör. Zitate aus kirchlichen Stellungnahmen bringen viele Abgeordnete zum Nachdenken, auch und gerade dann, wenn sie aus ihrem Wahlkreis oder ihrer Landeskirche kommen. Insofern sind die friedensethischen Prozesse in mehreren Landeskirchen, ausgehend von der badischen, eine willkommene und effektive Unterstützung der Arbeit all derjenigen im Bundestag, die sich für friedenslogisches Handeln einsetzen. Ich danke Ihnen hierfür herzlich.

Der Zivile Friedensdienst als Praxis der Friedenslogik von Susanne Luithlen

Die hier geäußerten Sichtweisen sind die der Autorin. Sie geben nicht die Sichtweise irgendeiner Organisation wieder.

Einleitung

Im Folgenden gehe ich der Frage nach, ob der Zivile Friedensdienst als Praxis der Friedenslogik betrachtet werden kann. Dabei richte ich zum einen den Blick auf die Struktur des Zivilen Friedensdienstes als Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft so-

wie auf das konkrete Tun vor Ort. Zum anderen erörtere ich den Zivilen Friedensdienst aus einer weiteren Perspektive als ein Programm der Bundesregierung im Zusammenhang mit anderem Handeln der Bundesregierung. Dabei geht es mir darum, Möglichkeiten für die konstruktive Weiterentwicklung des ZFD aufzuzeigen, so wie sie sich mir jetzt darstellen, in der Hoffnung, noch ungenutztes friedenslogisches Potential zu entdecken und zu benennen.

Die geäußerten Gedanken und Sichtweisen sind – wie gesagt – die der Autorin. Die Anfrage für den hier

vorliegenden Vortrag war mir eine willkommene Anregung, das Thema zu vertiefen. Gut möglich, dass in der Folge und vielleicht unter Bezug auf diesen Vortrag eine weitere Vertiefung stattfinden wird, aus der dann Positionen hervorgehen, die von einer oder mehreren Organisationen geteilt werden und für die Weiterentwicklung fruchtbar gemacht werden können.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD)

Der Zivile Friedensdienst wurde 1999 als ein Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft gegründet, als eine Antwort auf die Erfahrung der Hilflosigkeit angesichts der Balkankriege. Zivilgesellschaft und Teile der Politik waren entsetzt und suchten nach anderen, nicht militärischen Möglichkeiten, um Krieg und Gewalt zu begegnen. Ihnen ging es darum, Mittel und Wege zu finden, um Menschen in Gewaltkonflikten und Kriegen mit zivilen Mitteln zu unterstützen.

Der ZFD wird heute getragen von acht Organisationen der Zivilgesellschaft und einer staatlichen Organisation, finanziert von der Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Auf der Grundlage des Entwicklungshelfer-Gesetzes werden Friedensfachkräfte ins Ausland entsandt, um die Bemühungen lokaler Partnerinnen und Partner für ein fried-

liches Miteinander auf verschiedene und vielfältige Weise zu unterstützen: dies reicht von der Vermittlung von Fachwissen, dem Einüben von Methoden in Workshops, der Arbeit mit traumatisierten Menschen, dem Aufbau eines Systems der Schulmediation, über die Arbeit mit Veteranen, die Begleitung von bedrohten Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, bis zum gemeinsamen Aufbau einer Dialogschule.

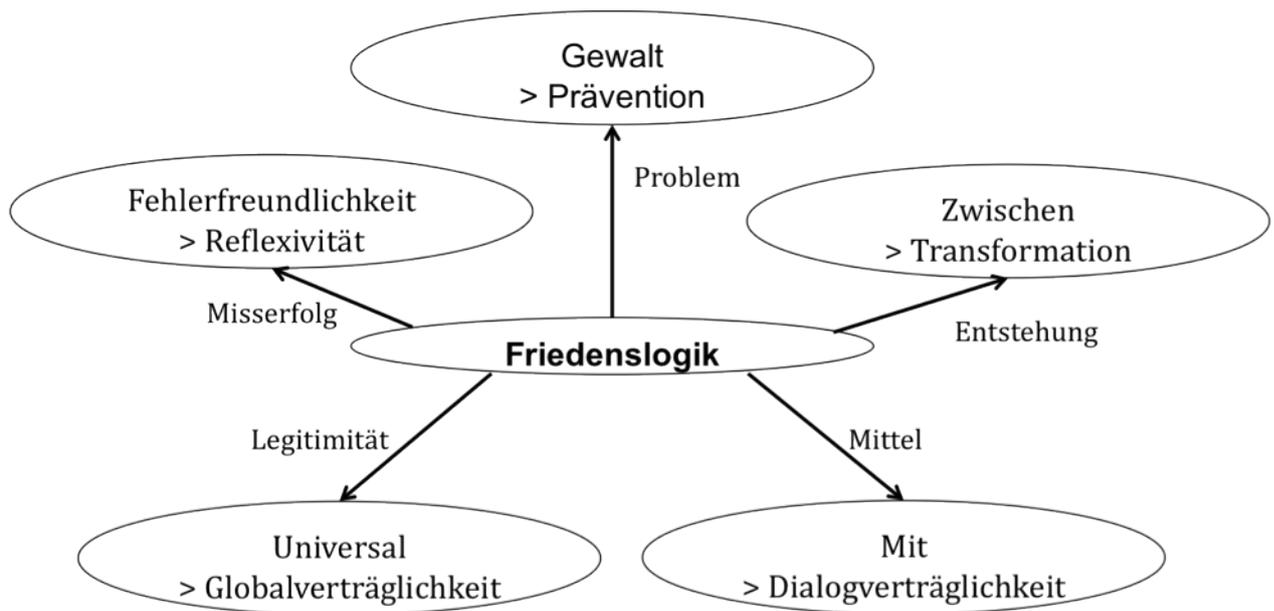
Die Projekte werden von den Partnerorganisationen und den Trägerorganisationen des ZFD autonom geplant und durchgeführt und auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips von der Bundesregierung mit aktuell 44 Millionen Euro im Jahr unterstützt.

Derzeit sind rund 250 Friedensfachkräfte in 39 Ländern tätig. Seit der Gründung des ZFD wurden über 1.000 Fachkräfte in mehr als 50 Länder entsandt – nach Afrika, Asien, Lateinamerika, in den Nahen Osten und auf den Balkan.

Der ZFD und das Konzept der Friedenslogik

Im Folgenden beziehe ich den Zivilen Friedensdienst auf die fünf Dimensionen der Friedenslogik und die ihnen zugeordnete Prinzipien. Eine genaue Beschreibung der Friedenslogik findet sich im Vortrag von Prof. Hanne-Margret Birckenbach auf Seite 5 dieses Rundbriefs.

Dimensionen und Prinzipien der Friedenslogik



Nach Hanne-Margret Birckenbach

Bei dieser Betrachtung nehme ich zwei Ebenen parallel in den Blick. Zum einen die des konkreten Tuns der Friedensfachkräfte vor Ort und des Gemeinschaftswerks und zum anderen die des ZFD als eines Programms der Bundesregierung und dessen Einbindung in die deutsche Politik.

Gewalt – Gewaltprävention

Den ZFD trägt gemeinsam die Vision, „zu einer friedlicheren und gerechteren Welt im Sinne eines positiven Friedens beizutragen“¹. Diese Vision macht deutlich, dass der ZFD nicht eine Bedrohung im Außen, sondern Gewalt, die sich zwischen Menschen ereignet, als das zentrale Problem betrachtet. Dies gilt sowohl für die konkrete Arbeit vor Ort als auch für die Konzeption des Gemeinschaftswerkes. Es wird zudem deutlich, dass der ZFD annimmt, dass Gewalt und Ungerechtigkeit miteinander zu tun haben und dass mehr Gerechtigkeit und die Befriedigung mindestens der Grundbedürfnisse aller eine Voraussetzung für nachhaltigen Frieden ist.

Der ZFD arbeitet ganz überwiegend in Post-Konfliktländern, also in solchen, in denen Prävention zunächst einmal nicht erfolgreich war oder gar nicht versucht wurde. Allerdings besteht ein Großteil der bestehenden Konflikte aus solchen, die wieder aufgeflammt sind. So kann es als eine Art der Prävention des ansonsten sehr wahrscheinlichen Wiederaufkommens von Konflikten angesehen werden, in Post-Konfliktgesellschaften zu arbeiten. Prävention im engen Sinne – also die Arbeit dort, wo noch keine gewaltförmigen Konflikte bestehen, sondern eine eskalierende Spannungsdynamik beobachtet wird – kommt durch diese Ausrichtung tendenziell zu kurz.

Die Schwierigkeiten, Prävention im engen Sinne, so dringlich sie von der Sache her unbestritten ist, in politisch-gesellschaftliche Dringlichkeit zu verwandeln, gelten für den ZFD wie für alle anderen Präventionsbemühungen: Mittel zu mobilisieren für Katastrophen, die es nur vielleicht oder wahrscheinlich geben wird und die es im Erfolgsfall dann tatsächlich nicht gegeben hat, ist sehr schwierig.

Der ZFD arbeitet vor allem auf der lokalen Ebene, weniger auf der regionalen oder nationalen oder gar internationalen. Aus der Forschung wissen wir, dass es für den Erfolg von Friedensprojekten zentral ist, dass sich neben den möglichst vielen Individuen auch Schlüsselakteure und Strukturen verändern. Durch

eine weitere Stärkung der strukturellen Veränderungen könnte die Nachhaltigkeit der Projektarbeit verstärkt werden.

Neben der Notwendigkeit, Prävention langfristig und verlässlich in den Blick zu nehmen, indem Strukturen aufgebaut werden, die eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung wahrscheinlicher machen, kann auch rasche Unterstützung geboten sein, um eine Eskalation zu stoppen. Dafür ist der ZFD wegen der Zeit, die für die Entwicklung und Bewilligung von Projekten nötig ist, und wegen seiner Basisorientierung aktuell nicht ausgerichtet.

Die Bundesregierung als Ganzes betont die Wichtigkeit von Prävention. Gleichwohl ist die Liste der Länder, in denen ZFD stattfinden kann, auf Konflikt- und Krisenländer beschränkt. Angesichts der im Vergleich zum Bedarf geringen vor allem personellen Kapazitäten des ZFD, müsste vor einer Erweiterung im Sinne der Prävention im engen Sinne, ausführlich darüber beraten werden, wie dies konzeptionell aussehen könnte und wie entsprechendes Personal zu gewinnen wäre.

Zwischen – Konflikttransformation

„Als ein gemeinsam von Staat und Zivilgesellschaft getragenes Programm leistet der Zivile Friedensdienst einen wirksamen Beitrag zur gewaltfreien Konflikttransformation. Das BMZ fördert den ZFD im Sinne einer subsidiären Umsetzung der Ziele deutscher Entwicklungs-, Friedens- und Außenpolitik. Der ZFD leistet weltweit Beiträge zu Frieden und menschlicher Sicherheit und ist Bestandteil eines entwicklungspolitischen Engagements in den von Konflikt, Fragilität und Gewalt geprägten Ländern. Die zivilgesellschaftlichen Träger und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit als staatlicher Träger wirken im ZFD zusammen, um Friedenskapazitäten zu stärken und Friedenspotenziale auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu erschließen.“

Diese im Grundsatzdokument des ZFD formulierte Mission zeigt die starke friedenslogische Orientierung des ZFD. In seiner Vision orientiert er sich am Ideal des gerechten Friedens und stellt menschliche Sicherheit, sowie die Freiheit von Not und Leid ins Zentrum seines Bemühens. Mittel und Wege zu einer gewaltfreien Transformation von Konflikten zu vermitteln, zu unterstützen und zu ermöglichen, ist eine zentrale Aufgabe der entsandten wie der einheimischen Fachkräfte.

Gleichwohl bleibt eine Schattenseite. Die Bundesregierung zeigt – wie die anderen reichen Länder, die die Hauptprofiteure der aktuellen Entwicklungen und

¹ <http://www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/publikation/zfd-ziviler-friedensdienst-zfd-kompakt-2264.pdf> ZFD Kompakt, 2014

internationalen Regeln sind – wenig Bereitschaft, ihre Verantwortung für die strukturellen Bedingungen des Unfriedens in den „von Konflikt, Fragilität und Gewalt geprägten Ländern“ zu reflektieren und zu übernehmen. Sie scheint der Ansicht zu sein, dass „wir“, die reiche Bundesrepublik, „denen“, den armen und konfliktgeplagten Ländern, „helfen“ müssen. Diese Hilfe erfolgt dann im Falle des ZFD durch das Entsenden von Fachkräften und einem Budget von gut 40 Millionen Euro im Jahr. Sie erfolgt nicht durch die Veränderung von Welthandelsregeln oder durch den Einsatz für ein Faires und Transparentes Schiedsverfahren zur Regelung von Schuldenkrisen, wie es zivilgesellschaftliche Gruppen, Professoren und etliche Abgeordnete seit Jahren fordern. Veränderungen, die mit Machteinbußen einhergehen würden und damit die Chancen-Ungerechtigkeit im Wettbewerb der Staaten verringern und die Kooperationsräume vergrößern würden, bremst die Bundesregierung meist in den entsprechenden Gremien, anstatt sie zu unterstützen. Ihre Einsichten und ihre konstruktive Rolle auf der Mikroebene des ZFD und ihre Bemühungen zur Deeskalation in der Ukraine und in Syrien finden bisher keine verlässliche kohärente Übertragung auf die Makroebene der internationalen Beziehungen.

Dass dabei die Bundesregierung kein hermetischer und homogener Akteur ist, versteht sich nicht erst seit dem anhaltenden öffentlichen Streit über den Umgang mit den ankommenden Flüchtlingen von selbst. Ohne Unterstützerinnen und Unterstützer in einflussreichen Positionen wäre es nie gelungen, den ZFD aus der Taufe zu heben und die zur Verfügung stehenden Mittel zu erhöhen.

Mit – Dialogverträglichkeit

Gewaltfreie Konfliktbearbeitung lebt von Kommunikation. Durch Theater- und Menschenrechtsarbeit, durch Friedenspädagogik und Dialogprojekte arbeiten Partner und Fachkräfte daran, die Dialogfähigkeit der Betroffenen und ihrer Gesellschaften zu stärken. Der ZFD weiß darum, dass Konflikttransformationsprozesse Zeit brauchen und ihren eigenen Rhythmus haben und dass das Vertrauen, das die Veränderung braucht, nur in langfristigen Partnerbeziehungen wachsen kann.

Diese Stärken treffen jedoch bisweilen harsch auf die Erfordernisse der Bundeshaltsordnung und die Projektlogik der Entwicklungszusammenarbeit. Die Vereinfachung der Verwaltung der ZFD-Mittel, die eines der Ziele der ZFD-Reform war, ist bisher nicht gelungen.

Ein Spannungsverhältnis zwischen der sinnvollen Prozessorientierung von Veränderungsprozessen in extrem volatilen Kontexten und den Erfordernissen

der deutschen Verwaltung und Mittelbewirtschaftungen, die einen transparenten und verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern sicherstellen sollen, ist unvermeidlich. Zu prüfen ist, ob die Möglichkeiten, die Arbeit des ZFD vor Ort zu erleichtern, bereits ganz ausgeschöpft sind.

Friedensprozesse brauchen Zeit, damit Vertrauen gewonnen und geschenkt werden kann. Sie brauchen verlässliche und belastbare Beziehungen, denn Frieden braucht Mut und Ermutigung. Zu diesen Erfordernissen passt es nicht gut, dass die Fachkräfte in der Regel mit Zweijahresverträgen, die an Projektlaufzeiten gebunden sind, entsandt werden, auch wenn Verlängerungen möglich sind. Aus Sicht des Systems Deutschland zeigt es wenig Wertschätzung, wenn nach der Vertragslaufzeit den Rückkehrerinnen und Rückkehrern zwar eine gewisse Begleitung und Unterstützung zur Verfügung steht, aber doch keine berufliche Perspektive und längerfristige Bindung an eine Organisation geboten werden kann; ein Umstand der vielen zusetzt. Vor allem verglichen mit dem Auswärtigen Amt, den politischen Stiftungen oder mit internationalen Organisationen, deren Mitarbeitende nach der Zeit im Ausland wieder in der Zentrale Station machen, zeigt sich ein deutlicher Kontrast. Damit sei nicht behauptet, dass genau so ein Rotationsystem für den ZFD wünschenswert wäre. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es andere Möglichkeiten gibt, mit Personal, das im Ausland tätig ist und wertvolle Erfahrung gewinnt, zusammenzuarbeiten und dass dies im ZFD noch nicht zufriedenstellend gelöst ist.

Universal – Globalverträglichkeit

Der ZFD steht in einem mehrdimensionalen Legitimationszusammenhang. Die Legitimität der Arbeit vor Ort basiert auf der sich in der realen Zusammenarbeit mit den Partnern vollziehenden Autorisierung, verbunden mit der dem ZFD wesentlichen Verpflichtung, seine Arbeit am Leitbild eines positiven Friedens zu orientieren. Die den ZFD tragenden und die Fachkräfte entsendenden Organisationen leiten ihrerseits die Legitimität ihres Handelns – mit Ausnahme des staatlichen Trägers – aus dem Auftrag ihrer Mitglieder sowie ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer und der ihnen attestierten Gemeinnützigkeit ab. Hinzu kommt, dass es sich um Projekte handelt, die im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Teil von Regierungsverhandlungen waren, dass die Projekte Wirkung zeigen und dass sie transparent und fair umgesetzt werden. All diesen Bezügen liegen globalverträgliche Normen und Werte zugrunde, die Orientierung geben.

Nimmt man hingegen die Umsetzungsebene des ZFD in den Blick, zeigen sich Spannungen zu dessen

grundsätzlicher Legitimität. Die rechtliche Grundlage für die Entsendung von Friedensfachkräften bildet das Entwicklungshelfer-Gesetz (EhFG), das auch die Entsendung von Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern regelt. Es beschränkt die Entsendung auf EU-Bürgerinnen und -Bürger. Menschen, die keinen EU-Pass haben, können nicht auf dieser Grundlage entsandt werden. Sie kommen somit auch nicht in den Genuss der zum Teil sehr aufwendigen und intensiven Vorbereitung und Schulung. Durch diese Beschränkung werden – ohne Absicht, aber deshalb nicht ohne Wirkung – Muster reproduziert, die aus der langen Kolonialgeschichte allen Beteiligten allzu vertraut sind. Muster, bei denen Europäerinnen und Europäer von Nord nach Süd reisen, um Wissen und Können weiterzugeben. Durch diese Strukturähnlichkeit ist dabei nichts gesagt über die Art des Kontaktes in den vielfältigen Projekten und der oft tiefen Verbundenheit und Partnerschaft, die die Fachkräfte mit den Kollegen und Kolleginnen vor Ort verbindet. Dennoch würde ich eine explizite Reflexion dieser aktuell bindenden Beschränkung und ihrer Folgen für einen wichtigen Schritt halten, auch wenn es nicht gleich gelingt, sie zu überwinden.

Doch es gibt nicht nur auf der konkreten, sondern auch auf der strukturellen Ebene ermutigende Aspekte. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen finanziert jährlich sechs Stipendien, die Menschen aus Konfliktländern die Teilnahme am zehnwöchigen Vollzeitkurs der Akademie für Konflikttransformation im Forum Ziviler Friedensdienst e.V. für Menschen aus Konfliktländern ermöglichen. Dies erlaubt den Stipendiatinnen und Stipendiaten, neben dem gemeinsamen Lernen mit den zukünftigen ZFD-Fachkräften, sich ein eigenes Bild von Deutschland zu machen. Der Kommentar einer Stipendiatin auf meine Frage, ob der Kurs für sie nützlich gewesen sei, kann ein Hinweis sein, dass die Frage der gleichen Augenhöhe sich aus der Perspektive derer, die strukturell benachteiligt sind, als wichtiger zeigt als es den Begünstigten erscheinen mag. Sie antwortete, dass sie viel gelernt habe, aber vor allem wüsste sie nun, was ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen gelernt hätten und könne auf Augenhöhe mitreden, anstatt lediglich deren Wissen entgegenzunehmen.

Gleichen Zugang zur Weiterbildung und Schulung für einheimische und entsandte Fachkräfte zu schaffen, wäre in meinen Augen ein wichtiger Schritt hin zu mehr konkreter Globalverträglichkeit, der nicht zwingend eine mit Sicherheit äußerst umstrittene Änderung der gesetzlichen Grundlage mit sich bringen würde.

Ich nenne ein weiteres Beispiel aus dem Forum Ziviler Friedensdienst e.V., das ich, weil ich dort arbeite,

besser kenne als die anderen Trägerorganisationen. Wir veranstalten einmal im Jahr einen sogenannten Geschäftsstellentag. Es ist ein Tag, an dem sowohl die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle als auch – bisher – die entsandten Fachkräfte nach Köln in die Geschäftsstelle kommen und dort gemeinsam arbeiten und sich austauschen. Für das Jahr 2016 haben wir eine Veränderung geplant. Erstmals werden nicht nur die entsandten Fachkräfte in die Geschäftsstelle eingeladen, sondern auch die einheimischen Fachkräfte kommen dazu. Dadurch wird der Geschäftsstellentag größer, mehrsprachiger und perspektivenreicher – und ich denke auch globalverträglicher. Andere Trägerorganisationen – ich weiß es von der Kurve Wustrow – laden ihre einheimischen Fachkräfte bereits regelmäßig zum gemeinsamen Arbeiten in die Geschäftsstelle ein.

Die ZFD-Organisationen arbeiten daran, in der konkreten Praxis vor Ort globalverträgliche Prinzipien zu verwirklichen. Menschenrechte, Solidarität und Respekt vor dem, wie die betroffenen Menschen leben und was sie erarbeitet haben, sind wichtige Bezugspunkte. Dass die Bundesregierung dieses international einzigartige Gemeinschaftswerk mitträgt und finanziert, verdient Anerkennung. Sie realisiert damit einige der Leitlinien, die ihre Politik insgesamt leiten sollten. Allerdings bleibt sie beim Vertreten und Sich-zu-eigen-machen des ZFD als eines wichtigen deutschen Beitrags - nicht zuletzt wegen der Rivalitäten zwischen den Ressorts – weit unter den Möglichkeiten dessen, was möglich wäre.

Dass darüber hinaus allzu oft Partikularinteressen sich durchsetzen und das internationale Handeln Deutschlands bestimmen, zeigt sich nicht nur an Waffenexporten, sondern sehr deutlich zum Beispiel auch bei der Blockadehaltung der Bundesregierung, wenn es darum geht, im internationalen Schuldenmanagement rechtsstaatliche Prinzipien einzuführen.

Hoffnung macht hingegen auch auf der internationalen und nationalen Ebene die im September 2015 auf dem UN-Gipfel in New York beschlossene "Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung". Sie bindet alle Länder und verpflichtet sie dazu beizutragen, allen Menschen weltweit ein Leben in Würde zu ermöglichen. Im Ziel 16 wird ausdrücklich der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit benannt und dazu aufgerufen, „friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz zu ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufzubauen.“

Die Agenda 2030 bildet einen international verbindlichen Rahmen, an dem sich die Verbindung von Frieden und Gerechtigkeit im Handeln auch der Bun-

desregierung wird messen lassen. Sie stellt mit ihrer globalen Dimension letztlich das Entwicklungshelfer-Gesetz in seiner vorliegenden Form ebenso in Frage wie die genannten Waffenexporte oder die Blockade rechtstaatlicher Regelungen zur Bearbeitung internationaler Krisen.

Fehlerfreundlich – Reflexivität

Fehlerfreundlichkeit und eine Kultur des Lernens zu entwickeln, ist ein anspruchsvolles Unterfangen in einem Umfeld, das Wettbewerb groß schreibt und die Fähigkeit sich durchzusetzen höher schätzt als die Fähigkeit zuzuhören, die Perspektive anderer zu berücksichtigen und Lösungen zu erarbeiten, die für alle gut sind. Auch die Notwendigkeit, Projektmittel planmäßig und ordnungsgemäß zu verausgaben, drängt auf Umsetzung nicht auf Reflexion.

So ist auch im ZFD Fehlerfreundlichkeit und Reflexion noch nicht ausreichend entwickelt und verankert. Aber wichtige Schritte sind bereits gegangen worden. Die Evaluation des ZFD, die die Bundesregierung 2009 in Auftrag gegeben hat und die bis 2011 durchgeführt und dann bis 2014 im Gemeinschaftswerk aus Trägerorganisationen und BMZ mit viel Engagement aufgearbeitet und zu einer echten Reform gestaltet wurde, ist hierfür ein Meilenstein. Konkret wurde z.B. ein anspruchsvolles Planungs-, Evaluations- und Berichtssystem entwickelt. Es basiert darauf, dass sich die jeweils Beteiligten darüber Rechenschaft ablegen, welche Annahmen sie über die Wirkungszusammenhänge und die Wirkungslogik ihrer Arbeit vor Ort haben und dann in stets erneuten Reflexionsschleifen prüfen, ob sie richtig lagen oder ob die Realität zu Anpassung und Veränderung drängt. Diese Verankerung des Reflektierens verbunden mit der Erwartung, dass die Realität vermutlich gerade in Konfliktkontexten häufig nicht den Erwartungen entspricht, und der Einsicht, dass darauf durch Anpassung an die Realität reagiert werden muss, ist aus meiner Sicht beispielhaft und trägt der komplexen Realität von Konfliktkontexten angemessen Rechnung. Dieses 2015 neu eingeführte System ist selbst der Reflexion, Überprüfung und Anpassung unterworfen.

Ein weiterer Aspekt, an dem sich die zunehmende Reflexivität des ZFD erkennen lässt, betrifft die wachsende Ausbreitung von Supervision und Coaching, nicht nur für einzelne, sondern zunehmend auch für ganze Teams, die als ganze von den Dynamiken der Konflikte, in denen sie arbeiten, betroffen sind.

Um die Bereitschaft der Fachkräfte zu stärken, solche Unterstützung als Teil ihrer Professionalität zu betrachten und anzunehmen, sind zwei individuelle

Coachingstunden Teil der Kurse, die die Akademie für Konflikttransformation im Forum Ziviler Friedensdienst e.V. anbietet. In der Regel wird diese Möglichkeit – manchmal nicht ohne Zögern – angenommen, und bisher wurde sie stets als sehr hilfreich und entlastend erlebt. Da sich gezeigt hat, dass zwei Stunden für die Teilnehmenden aus Konfliktkontexten, die mit einem Stipendium teilnehmen, manchmal ob ihrer großen Belastetheit, sehr wenig sind, bemühen wir uns darum, für diese Teilnehmenden bei Bedarf über die zwei Stunden hinauszugehen.

Schlussbetrachtungen

Es gibt viel friedenslogisches Tun, gerade vor Ort, durch den solidarischen Einsatz der einheimischen und entsandten Friedensfachkräfte. Gemeinsames Lernen, Reflexion und Supervision, ebenso wie Monitoring und Evaluation nehmen zu. Es gibt langjährige Partnerschaften und Vertrauensverhältnisse, die quer zu den sonstigen Machtkonstellationen aufgebaut werden konnten. Kurz: Es gibt viel Gutes, was man mehr tun kann.

Dennoch erscheint es mir wichtig, nicht aus dem Blick zu verlieren, dass die Frage nach Sicherheitslogik und Friedenslogik nicht zu trennen ist von der Frage nach der zugrundeliegenden, mächtigen Dynamik, die in Form des globalen Kapitalismus aktuell die egoistischen Impulse des Menschen glorifiziert und die gleichursprünglich und gleichwesentlich vorhandenen altruistischen Impulse geringschätzt. Diese Einseitigkeit ist weder natürlich noch logisch zwingend. Sie hat sich historisch entwickelt und ist wegen der ihr innewohnenden Dynamik, Aggressivität und Rücksichtslosigkeit ebenso wie wegen ihrer beeindruckenden Fähigkeit, Befriedigungen durch Massenkonsum zur Verfügung zu stellen, von großer Durchsetzungskraft. Sicherheitslogisches Denken und Fühlen kann man als eine Manifestation derselben einseitigen Verortung am egoistischen Pol des den Menschen ausmachenden Spannungsverhältnisses zwischen der Liebe zu sich selbst und der Liebe zu anderen deuten. Eine Bewegung hin zur Friedenslogik im Denken und Fühlen wäre eine Form der Bewegung hin zum Pol der Liebe zu anderen.

Mitmenschlichkeit und die Achtung vor anderem Leben müssen zunehmen, damit mehr und häufiger friedenslogische Möglichkeiten in den Blick geraten und umgesetzt werden können. Dazu ist es nötig, dass wir die uns von inneren individuellen und kollektiven Konflikten entlastende Funktion der Sicherheitslogik erkennen und bereit sind, uns mit diesen Konflikten auseinanderzusetzen anstatt sie nach außen zu projizieren und den Splitter im eigenen Auge

als Balken im Auge des Bruders zu sehen und zu bekämpfen.

Der ZFD setzt mit dem Leitbild des positiven Friedens einen deutlichen Akzent hin zu mehr Gemeinsamkeit, Rücksicht und Gerechtigkeit. Als ein Programm mit staatlicher Beteiligung ist er damit ein anspruchsvolles Versprechen, das es weiter auszubuchstabieren und mit seinem ganzen Potential einzulösen

Was können die EKD und die Landeskirchen beitragen zur Realisierung der Friedenslogik?

von Oberlandeskirchenrat i.R. Dr. Christoph Münchow

Generell möchte und kann ich sagen: Die Chancen und Voraussetzungen sind gut!

Ich sage dieses bewusst auch nach den barbarischen Terroranschlägen in Paris und den Ereignissen der letzten Tage. Diese haben der Sicherheitslogik neuen Auftrieb gegeben. Der gipfelte am Montag in der Presse in der Forderung nach einer „Radikalisierung der gesellschaftlichen Mitte“ und in der Aufforderung, Paris möge „zu einem Weckruf werden für eine Politik wehrhaften Stolzes“ inklusive „aktiver Verteidigung“.¹ Hier sind wir gefragt, dem entgegenzusetzen, dass wir ein „Kirche des gerechten Friedens werden“ wollen und müssen.

Der Weg von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik wird ein längerer Prozess sein, den Boden zu bearbeiten, Spuren zu legen und diesen Weg zu gehen - allen Einwänden zum Trotz, die eilfertig das Konzept des gerechten Friedens und die Kernpunkte der Friedenslogik als unrealistisch abqualifizieren. Dabei ist momentan nötig, dass wir nicht in eine Sicherheitsfalle geraten. Die Friedenslogik anerkennt Sicherheit als ein Grundbedürfnis, das durch Gewalt verletzt wird: „Friedenslogische Politik will Sicherheit vor Gewalt einschließlich der Freiheit von Not und Furcht (menschliche Sicherheit). Aus friedenslogischer Sicht kann Sicherheit vor Gewalt nachhaltig nicht auf paradoxe Weise durch Androhung oder Anwendung von Gewalt oder durch Machtüberlegenheit, sondern nur über den Aufbau kooperativer und problemlösungsorientierter Beziehungen erreicht werden.“² Der konfliktfähigen intelligenten Feindes-

gilt. Wie genau das aussehen kann, weiß niemand. Es ist gemeinsam mit den Beteiligten zu entwickeln. Aus meiner Sicht sollte in diesem Rahmen die Bearbeitung der Frage der beruflichen Perspektive von Friedensfachkräften als auch der des Zugangs für Menschen ohne EU-Pass zu diesem Beruf nicht fehlen.

liebe³ kann eine intelligente, konfliktfähige Friedenslogik Orientierung zur Seite treten und Kraft entfalten. Dem sollte unser Mühen gelten.

Wir fangen nicht beim Nullpunkt an: die Vorgaben

Wenn wir uns auf den Weg zu einer Kirche des Friedens begeben und die Friedenslogik im allgemeinen Bewusstsein verankern und politikfähig machen wollen, ist es gut, die Voraussetzungen und Vorgaben zu bedenken. Ich zitiere aus dem Beschlusstext der Ökumenischen Versammlung 1988/89 in Dresden und Magdeburg: „Kirche des Friedens werden heißt das zu leben, was die Kirche durch das Gnadenangebot Gottes in Jesus Christus eigentlich schon immer ist: Versöhnungsgeschehen zwischen Gott und Mensch, geschwisterliche Gemeinschaft zwischen Menschen, Friedenszeichen trotz fortbestehender Feindschaften in dieser Welt. Frieden ist nicht zuerst eine ethisch-moralische Verpflichtung der Kirchen, sondern eine ihnen von Christus geschenkte Wirklichkeit, die sie überhaupt erst zur Kirche macht ...“⁴ Das ist eine starke Vorgabe für die Bemühungen „Kirche des Friedens“ zu werden, weil sie es „eigentlich schon immer ist.“

Das Gesamtzeugnis der Heiligen Schrift, die das zum Himmel schreiende Gewalthandeln nicht verschweigt, steuert diesen Frieden an. Nach Eph. 2, 17 ist der Inhalt des Evangeliums die Friedensbotschaft: „Christus ist gekommen und hat im Evangelium Frieden verkündigt“. Daraus folgt die Aufforderung

¹ So Springer-Chef Mathias Döpfner, zit. nach Imre Grimm, *Stahlgewitterjournalismus*, *Dresdner Neueste Nachrichten*, Nr. 267, 17. November 2015, S. 11.

² Hanne-Margret Birckenbach, *Friedenslogik und friedenslogische Politik*, in: *Dossier Nr. 75 in: Wissenschaft & Frieden 2014-2: Gewalt(tätige) Entwicklung*.

³ Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker: „Intelligente Feindesliebe geht davon aus, dass der Friede nur zusammen mit dem Gegner erhalten werden kann.“

⁴ Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. *Dresden-Magdeburg-Dresden. Eine Dokumentation, Aktion Sühnezeichen (Berlin) 1990*, Kap. 7: *Kirche des Friedens werden*, Ziff. 1 und Ziff. 2, S. 124.

(Eph. 6, 15) bezüglich der Ausrüstung, um dem Bösen widerstehen zu können: „Tragt als Schuhwerk die Bereitschaft, die gute Nachricht vom Frieden mit Gott zu verkünden“ (Eph. 6,15). Hier ist das prophetische Wort aufgenommen „Wie lieblich klingen die Schritte des Freudenboten auf den Bergen, der Frieden verkündet, der gute Botschaft bringt, die Rettung verkündet“ (Jes. 52, 7) - und das im Gegensatz zu den dröhnend aufstampfenden Soldatenstiefeln und dem Soldatenmantel, der in Blut geschleift ist (Jes. 9,4). Zu erinnern ist an die Kritik der Psalmisten und der Propheten an einem falschen Sicherheitsdenken, das auf Schlachtrösse und Kriegswagen vertraut (Ps. 8; 44, 7; Jes. 33, 1.3; Hos. 1,7; Sach. 4,6 u. ö.).

Ich kann jetzt nur andeuten, dass Martin Luther, der auch zu Kriegsdienstverweigerung rät⁵, unterschied zwischen „Sicherheit“ (*securitas*) und „Gewissheit“ (*certitudo*), zunächst bezogen auf das innere Glaubensleben, aber dadurch den ganzen Christenmenschen prägend, auch im Blick auf das Handeln der Regierenden und der Regierten. Die Gewissheit (anstatt Sicherheit) ermöglicht die freie Zuwendung zum Mitmenschen und eröffnet Freiräume in schier ausweglosen Situationen und Krisen, die Luther oft Anfechtung nennt.⁶

Schließlich möchte ich hinweisen auf die berühmten Äußerungen von Dietrich Bonhoeffer bei der Ökumenischen Jugendkonferenz in Fanö (Dänemark) am 28. August 1934 angesichts des Scheiterns von Abrüstungsverhandlungen und der zunehmenden Militarisierung, vorab in Deutschland:

„Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern? D. h. durch die Großbanken, durch das Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier Friede und Sicherheit verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit.“⁷

Wir stellen uns bei der Frage nach den Möglichkeiten zur Realisierung der Friedenslogik in einen kräftigen Strom der Abkehr von der Sicherheitslogik und der Zuwendung zur Friedenslogik. Als Kirche stehen wir zugleich in der weltweiten Ökumene als eine Lebens- und Lerngemeinschaft für ein ökumenisches Friedenszeugnis und Friedenshandeln, bei dem wird uns gegenseitig entdecken als Glieder des „universalen Friedensbundes Gottes. Weil der Friede Christi uns verbindet, sind wir gemeinsam auf einen Weg gewiesen, der das Androhen von Gewalt überwindet und das Führen von Krieg ausschließt“.⁸ Diese geistlichen Traditionen sind ein klar gerichtetes Potential, das die Mechanismen des Pragmatismus unterbricht und den Grund für die Realisierung der Friedenslogik legt. Zudem hat die Kirche die Chance, generationsübergreifend, milieuübergreifend und transnational („ökumenisch“) zu handeln und die Hoffnung zu behalten, wenn sie sich eingestehen muss, dass sie nicht nur zur Lösung der Probleme beitragen kann, sondern selbst ein Teil davon ist.

Was kann die EKD beitragen zur Realisierung einer Friedenslogik?

1. Die *Friedensdenkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (2007)* trägt den programmatischen Titel „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. Die Konzeption des gerechten Friedens, die auch schon bei der Ökumenischen Versammlung in Dresden 1988/89 ins Gespräch gebracht wurde⁹, ist seither zur „Leitperspektive einer christlichen Friedensethik“ (S. 50) geworden - sowohl für die EKD und für ihre Gliedkirchen - und hat im weltweiten ökumenischen Diskurs inzwischen einen festen Platz.

Auf S. 42 finden wir die Feststellung, dass „das christliche Ethos grundlegend von der Bereitschaft zum Gewaltverzicht (Matth. 5, 38ff.) und vorrangig von der Option für die Gewaltfreiheit bestimmt“ ist¹⁰.

Bezüglich des Waffenverzichts und des Militärdienstes wird zunächst formuliert: beide „setzen im Ge-

⁵ Im März 1542 erinnert Luther im Zusammenhang der „Wurzener Fehde“ die Kriegsgegner an ihre vorrangige Pflicht zur Friedenswahrung, schlägt den Weg von Verhandlungen vor und setzt auf Prävention, Verhandlungen und rechtsförmige Lösungen, andernfalls ist Gehorsamsverweigerung angesagt (D. Martin Luthers Werke, Kritische Gesamtausgabe, Briefe Band 10., Weimar 1943, S. 32 ff.).

⁶ D. Martin Luthers Werke, Kritische Gesamtausgabe, Bd.34. II, Weimar 1908, S. 372, S. 19-21.

⁷ Dietrich Bonhoeffer, Werke Band 13 (DBW 13), München Seite 298-301.

⁸ Dresden Ökumenische Versammlung, a.a.O., Kap. 7: Kirche des Friedens werden, Ziff. 14, S. 128.

⁹ Ebenda (Anm.7) S. 40: „Daher muss schon jetzt eine Lehre vom gerechten Frieden entwickelt werden, die zugleich theologisch begründet und dialogoffen auf allgemeinhumane Werte bezogen ist. Dies im Dialog mit Andersgläubenden und Nichtgläubenden zu erarbeiten, ist eine langfristige ökumenische Aufgabe der Kirche.“

¹⁰ Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007, S. 42

wissen und voreinander verantwortete Entscheidungen voraus“. Weiter heißt es:

„Die evangelische Kirche betrachtet die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht und setzt sich dafür ein, es auch im Bereich der Europäischen Union verbindlich zu gewährleisten. Als Menschen- und Grundrecht besitzt die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen Vorrang auch gegenüber demokratisch legitimierten Maßnahmen militärischer Friedenssicherung oder internationaler Rechtsdurchsetzung ... Der gesetzliche Schutz der gewissenbestimmten Kriegsdienstverweigerung ist nicht auf die Position des prinzipiellen Pazifismus zu beschränken; er muss auch die situationsbezogene Kriegsdienstverweigerung umfassen, die sich bei der Gewissensbildung an ethischen Kriterien rechtserhaltenden Gewaltgebrauchs, an den Regeln des Völker- und Verfassungsrechts oder auch an politischen Überzeugungen orientiert“ (S. 43). Auf S. 52 formuliert die Denkschrift im Sinne der Friedenslogik: „Die Mittel zum Frieden müssen bereits durch den Zweck qualifiziert, die Methoden dem Ziel angemessen sein“.

Die Denkschrift vollzieht nicht einen Paradigmenwechsel von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik. Aber es finden sich Elemente der Friedenslogik, die verstärkt und weiterentwickelt werden können, ohne in die „Sowohl-Als-Auch-Falle“ zu tappen, indem die Denkschrift als ein Bezugspunkt weiterführender friedensethischer, friedenspolitischer und friedens-theologischer Diskurse genutzt wird.

2. Die *strukturellen Gegebenheiten im Raum der EKD* eröffnen Möglichkeiten, auf dem Weg zur Realisierung der Friedenslogik voranzukommen.

Auf den Synoden der EKD haben die Friedensfragen – auch in Abhängigkeit von den eingebrachten Anträgen und Entschlüssen – ihren Platz, so zuletzt in Bremen mit der Bitte an den Rat der EKD, sich beim Bundestag mit der Bitte um Erhöhung der Mittel für das Programm „Demokratie leben“ einzusetzen, um so zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Integration von Flüchtlingen zu unterstützen und ein lebensdienliches innergesellschaftliches Klimas angesichts anwachsender Gewaltbereitschaft gegen Asylsuchende und deren Unterkünfte sowie gegen Helfer und Politiker zu schaffen.

Die Erörterung von Friedensfragen im Rat der EKD hat auch zu einer *Neustrukturierung der Friedensarbeit im Raum der EKD* (unter Einbeziehung der Freikirchen) geführt. Als wirkungsvoll hat sich die *Berufung eines Friedensbeauftragten des Rates der EKD* erwiesen. Damit kann auch den ausdrücklichen Wünschen aus dem Raum der Politik und Gesellschaft

entsprochen werden, die Haltung der evangelischen Kirche zu aktuellen Konflikten und Friedensfragen erkennbar zu machen. Renke Brahm, der Leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche, äußert sich mit Engagement und Augenmaß schnell zu aktuellen Fragestellungen. Bereits am 14. November mahnte er nach dem Terror in Paris zu Besonnenheit: „Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, nun Gewalt mit Gewalt zu begegnen ... Wenn wir mit Waffen auf diesen barbarischen Akt reagieren, tun wir genau das, was diese Terroristen wollen.“ Stattdessen sei es nun wichtig, diesen Terroristen deutlich zu machen, dass Menschlichkeit, Freiheit und Frieden stärker seien als sinnlose Gewalt.¹¹ Auf solche Weise ist es möglich, friedenslogische Prinzipien als Teil einer umfassenden Friedensverantwortung auch gegen hohen medialen Druck überzeugend zu vertreten.

3. Die von der EKD prioritär bearbeiteten Friedenthemen können im Sinne der Friedenslogik profiliert werden:

Einsatz gegenüber der Bundesregierung für eine kohärente Sicherheits- und Außenpolitik, einschließlich der Verstärkung von zivilen und nichtmilitärischen Aktivitäten. Dazu gehört auch die Anerkennung diplomatischer Bemühungen um Deeskalation, Minimierung von Gewalt in aktuellen Konflikt- und Bedrohungssituationen und die Einhaltung von humanitären Mindeststandards als wesentliche Schritte in die richtige Richtung;

Fragen der Rüstungsproduktion, des Rüstungsexports und der Konversion von Rüstungsproduktion als gesamtgesellschaftliches Thema;

Einsatz für eine breite öffentliche Debatte zu friedensethischen und friedenspolitischen Fragen;

Prävention und zivile Konfliktbearbeitung einschließlich der Ausstattung mit finanziellen Mitteln.

Es wird auch eine Aufgabe sein, durch verbesserte Nachweise der Ergebnisse, die durch Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung erreicht werden, auf die Chancen friedenslogischer Praxis hinzuweisen – übrigens eine Aufgabe für alle Ebenen kirchlichen Handelns.

Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Regierung und Menschen in Regierungsverantwortung zu motivieren, verstärkt friedenslogischen Denk- und Handlungsmustern zu folgen und darauf zu achten, dass sie die Entwicklung friedenslogisch inspirierter Politik-

¹¹ Pressemitteilung des EKD-Friedensbeauftragten zu den Anschlägen in Paris, Bonn/Bremen, 14. November 2015.

pfade nicht durch Rückgriffe auf sicherheitslogische Muster versperren.

Exemplarisch weise ich auf ein Fachgespräch am 14. Oktober 2015 in Berlin „Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik“ im Blick auf das 2016 vom Bundeskabinett zu verabschiedende „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, das von den Evangelischen Akademien zu Berlin und Villigst, der EKD, der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD und der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr durchgeführt wurde. Dazu wurde von der EKD eine Stellungnahme formuliert „Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eckpunkte zum Weißbuch 2016“¹², die Renke Brahm, Friedensbeauftragter der EKD, und Dr. Sigurd Rink, Bischof für die evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr, unterzeichnet haben. Die Überschrift „am gerechten Frieden ausrichten“ unterstreicht, dass das Leitbild des gerechten Friedens den Blick „über aktuelle nationale Interessen und Sicherheitsbedürfnisse hinaus für die Bedingungen nachhaltigen Friedens auf der Welt“ öffnet. „Nur wo Menschen die Möglichkeit haben, in Sicherheit und mit den notwendigen Ressourcen zu leben, kann dauerhaft Frieden werden. Außen- und Sicherheitspolitik muss sich ethisch daran messen lassen, inwieweit sie ressortübergreifend und nachhaltiger Prozesse befördert, die Menschen vor Gewalt schützen, Gerechtigkeit fördern, Not abbauen und kulturelle Vielfalt gewährleisten.“

In Punkt 2 „Internationale Friedensordnung als Rechtsordnung gestalten“ ist zu lesen: „Voraussetzung hierfür sind starke und funktionsfähige Systeme kollektiver Sicherheit, die praktische Achtung der universellen und unteilbaren Menschenrechte, eine aktuelle Mitarbeit an Standards transnationaler Gerechtigkeit sowie ein respektvoller Umgang mit kultureller Vielfalt. Nationale Politik muss sich an diesen Normen ausrichten, wenn sie sich wirklich einer internationalen Friedensordnung verpflichtet sieht.“

Punkt 3 erinnert daran, dass Frieden nachhaltige Entwicklung braucht.

Punkt 4 mahnt an, „dass Institutionen und Strukturen gemeinsamer Sicherheit gerade zwischen potentiellen Konfliktgegnern errichtet, gestärkt und gesichert werden.“

Punkt 5 unterstreicht für eine ressortübergreifende friedens- und sicherheitspolitischer Strategie unter

dem Primat ziviler Krisenprävention, es „sollten neben notwendigen Risiko- und Bedrohungsanalysen auch Chancenanalysen zum Tragen kommen, um konstruktive Prozesse, Akteure und Zusammenhänge zu identifizieren und zu befördern.“

Punkt 6 formuliert am Ende: „Die EKD sieht die Bundesregierung in der Verantwortung, den Austausch und die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Ressorts und zivilgesellschaftlichen Akteuren systematisch zu fördern und ihre jeweilige Fachkompetenz einzubeziehen.“

Punkt 7 fordert: „Jeder Einsatz von Gewalt muss eingebettet sein in ein umfassendes friedens- und sicherheitspolitisches Konzept unter dem Primat der zivilen Krisenprävention und mit dem Ziel der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung ...“

Diese insgesamt 10 Eckpunkte verstehen sich als ein Beitrag der EKD zur Beteiligung am außen- und sicherheitspolitischen Diskurs. Die Begriffe Sicherheitslogik und Friedenslogik werden nicht verwendet, aber deutlich werden Erfordernisse im Sinne der Friedenslogik angemahnt und Alternativen zu sicherheitslogisch dominierten Ansätzen ins Gespräch gebracht. Die Veränderung von Politik entsprechend friedenslogischer Prinzipien ist ein langfristiger Prozess. Angesichts des faktischen Nebeneinanderbestehens von Sicherheitslogik und Friedenslogik steht die Aufgabe, Brücken zwischen dem sicherheitslogischen Konzept der »vernetzten Sicherheit« und einem Konzept des »vernetzten Friedens« zu bauen und zu nutzen, um auf diesem Weg die Praxis friedenslogischer Politik anzumahnen und auszweiten. Die Leitperspektive der EKD „dem gerechten Frieden dienen“ ist inzwischen verbreitet in das kirchliche Bewusstsein auf allen Ebenen getreten und bedarf der Verstärkung, auch angesichts der kritischen Auseinandersetzung mit der kirchlichen Lehre vom gerechten Krieg, die auch in außerkirchlichen Kreisen weit bekannt ist, was von der Leitperspektive des gerechten Friedens mit dem konstitutiven Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit noch nicht gesagt werden kann. In dieser Diskussionslage tragen friedenslogische Kriterien und Handlungsoptionen wesentlich zur Klärung und Profilierung bei und ermöglichen die Anschlussfähigkeit zur Friedensforschung.

4. Weitere Möglichkeiten zur Realisierung der Friedenslogik begünstigt die bei der Neustrukturierung der Friedensarbeit im Raum der EKD geschaffene *Konferenz für Friedensarbeit*. Sie umfasst alle Ebenen der Friedensarbeit: Arbeitsstellen der Glied- und Freikirchen, entwicklungspolitische Werke, insbesondere Brot für die Welt mit den menschenrechts- und entwicklungspolitischen Fragestellungen, kirch-

12 Am gerechten Frieden orientieren, www.ekd.de/download/eckpunkte_weissbuch_2016.pdf

liche Bildungs- und Forschungsarbeit, die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr und unabhängige Friedensinitiativen. Sie dient dem Erfahrungsaustausch der Gliedkirchen der EKD und vernetzt die Arbeit aller relevanten Akteure. Sie ermöglicht eine breite Diskussion friedenspolitischer Entwicklungen und Strategien sowie die Abstimmung gemeinsamer Initiativen. Damit ist ein Instrument geschaffen, die Politikfähigkeit der Friedenslogik zu diskutieren und ihr zu breiterer Akzeptanz zu verhelfen. Das zeigte sich schon bei der Festlegung des ersten Arbeitsschwerpunkts „Vorrang für zivile Konflikttransformation“.

Die Konferenz für Friedensarbeit hat erfolgreiche Projekte im Sinne der Friedenslogik angeregt bzw. unterstützt, so z.B. das Projekt „Jugendliche werden Friedensstifter“, das innerhalb der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) von der Arbeitsstelle Frieden der Evangelischen Landeskirche in Baden entwickelt worden ist. Zu nennen ist das Projekt „Zivil statt militärisch“ zum Vermitteln von positiven Erfahrungen mit gewaltfreier ziviler Konfliktbearbeitung im Ausland. Starke Ausstrahlung hat das mehrjährige Diskursprojekt der Evangelischen Akademien „Dem Frieden der Welt zu dienen.“ In diesem Rahmen gab es im Januar 2014 in Villigst eine Studientagung zu Frieden, Gerechtigkeit, Recht und staatlicher Gewalt im Kontext von Just Policing „In der noch nicht erlösten Welt ... für Recht und Frieden ... zu sorgen“.

Für das kommende Jahr wird vom 28.09. bis 1.10.2016 in Berlin eine internationale ökumenische Konferenz zum Zusammenhang von Friedensethik, Spiritualität und Friedensarbeit in Kirche und Gesellschaft geplant mit dem Titel „Lebensräume des Friedens“.

Die *Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)* in Heidelberg erhielt vom Rat der EKD den Auftrag und die Finanzierung des Projekts „Orientierungswissen zum gerechten Frieden im Spannungsfeld zwischen ziviler gewaltfreier Konfliktprävention und rechtserhaltender Gewalt“. Es ist mit 18 Konsultationen auf drei Jahre angelegt. Einer der Ausgangspunkte für dieses Projekt ist u.a. die Beobachtung, dass in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der theologischen Lehre und Forschung die Medizinethik prominent vertreten ist, auch die Umweltethik, aber bedeutend weniger die Friedensethik. Es werden bei diesem auf Partizipation angelegten Projekt auch die Fragen von Sicherheitslogik und Friedenslogik bearbeitet werden.

Seit 2009 sind im Rahmen der Neustrukturierung der Friedensarbeit im Raum der EKD die Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evan-

gelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) im *Verein für Friedensarbeit* und in einer gemeinsamen Geschäftsstelle in Bonn zusammengeführt. Die in der AGDF zusammenwirkenden selbständigen Vereine und Gruppierungen haben im Gegenüber zu den verfassten Kirchen eigene Funktionen und Aufgabenfelder, zugleich ist für sie die enge Zusammenarbeit mit Kirchen und kirchlichen Einrichtungen von großer Bedeutung. In der EAK arbeiten die Friedensbeauftragten in den Landeskirchen zusammen, es geht also primär um die Friedensarbeit in den Landeskirchen, freilich in Kooperation mit Aktionsgruppen und friedenspolitisch engagierten Vereinen. In beiden aber, AGDF und EAK, wird besonders mit Aktivitäten zur Friedensbildung an der schrittweisen Realisierung der Friedenslogik gearbeitet.

Dieser Überblick zeigt viele Möglichkeiten, die genutzt werden können, um bei der Realisierung der Friedenslogik voranzukommen. Um Friedenslogik politikfähig zu machen, wird es sinnvoll sein, den Zusammenhang von Friedensethik, Friedenstheologie und Friedensspiritualität deutlicher zu akzentuieren.

Was können die Landeskirchen beitragen zur Realisierung der Friedenslogik?

Ich beginne mit der Gemeindeebene, denn die Landeskirchen bauen sich von den Ortsgemeinden und lokalen Aktionsgruppen her auf, die den Boden und das Fundament der Landeskirchen und Gesamtkirche bilden.

1. An erster Stelle soll die *Spiritualität des Friedens* genannt werden, die in den Ortsgemeinden, Gemeindeguppen und Aktionsgruppen ihren Raum haben kann. Sie tritt neben den Diskurs zur Friedenstheologie und Friedensethik und kann die Erkenntnisse unmittelbar in geistlichen Lebensformen wie Gottesdiensten, Andachten und Bibelgesprächen wirksam werden lassen. Friedensspiritualität hat ihren Kern in der Verankerung an einem konkreten Ort, in einer konkreten Zeit und in einer konkreten Gruppe von Menschen als Praxis des Glaubens in Gebet und Aktion. Das bereitet auch den Boden und die Offenheit für die Auseinandersetzung mit den Fragen der Sicherheitslogik und Friedenslogik. Solche Formen der Friedensspiritualität können punktuell sein, zu besonderen Anlässen oder während der Friedensdekade, aber sie können auch grundsätzlich, kontinuierlich und gleichsam selbstverständlich die Gottesdienste und in besonderer Weise die Gebete prägen und bereichern, namentlich, was wir „ins Gebet“ nehmen und wie wir das tun. Es ist kein Zufall, dass jeder

Gottesdienst mit einem Segen und Friedenszuspruch endet.

Die Spiritualität des Friedens ist ein wichtiger Beitrag zu einer Kultur des Friedens - bis hin zur Kirchenmusik und den speziellen Formen der Kulturarbeit in der Kirche und für eine breitere Öffentlichkeit, um die Bereitschaft für die Anliegen der Friedenslogik zu wecken und friedenslogisches Bewusstsein wachsen zu lassen.

2. *Friedensbildung* kann und muss zuerst an den Lebensorten und in den Gemeinden verankert sein mit altersspezifischen und auch generationsübergreifenden Ausformungen. Als kürzlich ein Großvater seine Enkelin fragte, was sie in dem kirchlichen Kindergarten lernt, war die Antwort knapp: „beten und hauen“. Also schon im Vorschulalter muss Friedensbildung ihren Ort haben. Denn aus einem anderen Kindergarten hörte ich, dass Eltern, die ihr Kind fragten „Wie viele Ausländer sind in Deiner Gruppe?“ die Auskunft bekamen: „Wir sind alle Kinder.“

Inhaltlich kann es bei der situationsbezogenen Aufgabe der Friedensbildung um Konkretisierungen des Leitgedankens vom gerechten Frieden gehen, nicht nur im Gegenüber zur Rede vom gerechten Krieg, sondern auch mit der Entfaltung und Diskussion der Gegenüberstellung von Sicherheitslogik und Friedenslogik, um auf einen „Bildungsweg“ mitzunehmen, der über das Leitbild vom gerechten Frieden auch zu den Fragen der Inhalte und Realisierung der Friedenslogik führen kann. Wenn es dabei zu Begegnungen und Gesprächen mit aktiven oder ehemaligen Soldatinnen und Soldaten kommt, kann dieses zur Substantiierung und Vertiefung der Diskussion beitragen.

3. Die *Konfliktbearbeitung bei innerkirchlichen Kontroversen* kann in der Ortsgemeinde wie auf allen anderen kirchlichen Ebenen ein Übungsfeld und eine Realisierung von Elementen der Friedenslogik werden, um friedenslogische Sichtweisen und Verhaltensweisen einzuüben.

4. In den nächsten Jahren werden die Aufgaben der Kirchengemeinden, die mit der *Zuwanderung von Flüchtlingen* verbunden sind, im Vordergrund stehen und den Einsatz von viel Kraft und Zeit abfordern. Von diesem Arbeitsfeld ergeben sich unmittelbare und direkte Bezüge zur Friedenslogik, sowohl im Blick auf die Fluchtursachen und deren Bekämpfung, als auch im Blick auf die Integration statt Ausgrenzung. Ein solches Friedensengagement ist ein deutliches Zeugnis gegen die Gewalt gegen Ausländer und deren Unterkünfte und Zufluchtsorte. Wenn es gelingt, diese Aufgaben in den Zusammenhang zu bringen mit dem Leitbild vom gerechten Frieden und die

Aktivitäten als Bestandteile eines Handelns gemäß der Friedenslogik erkennbar werden zu lassen, kann dieses ein großer Erkenntnisgewinn und Motivations Schub werden.

5. Auf lokaler Ebene kann auch im Sinne der Friedenslogik der *Diskurs zu Rüstungsproduktion, Rüstungsexport und Konversion* beginnen, sinnvollerweise in Vernetzung mit anderen Kirchengemeinden, mit den Gremien der Mittleren Ebene bzw. Dekanate wie beispielsweise Kirchenbezirkssynoden, aber auch in Vernetzung mit den landeskirchlichen Gremien, anderen Landeskirchen und entsprechenden Aktivitäten der EKD.

6. Was auf landeskirchlicher Ebene geschieht, braucht die Bodenhaftung in der kirchlichen Basis und kann zum Antrieb und zu einer Unterstützung für das werden, was die EKD zur Realisierung der Friedenslogik beitragen kann. Vordringlich zur Realisierung der Friedenslogik ist auf landeskirchlicher Ebene die *Friedensbildung an Schulen*, d. h. zunächst an den konfessionellen Schulen und im Religionsunterricht, um dort die Friedenspädagogik und Friedenserziehung fest zu verankern. Beispielhaft ist im „Norddeutschen Netzwerk Friedenspädagogik“¹³ die Auseinandersetzung mit Sicherheitslogik und Friedenslogik ein fester Bestandteil von Bildungsveranstaltungen und Projekten in Schulen.

Obwohl die Friedensbildung an Schulen eine primäre schulische Aufgabe ist, können die Landeskirchen sowohl bei der Lehrplangestaltung wie bei Fachgesprächen darauf hinwirken, dass grundsätzliche Einsichten und die Darstellung und das Einüben von Handlungsweisen der Friedenslogik dort verankert werden, um ein allgemeines friedenslogisches Bewusstsein vorzubereiten, zu schaffen und einzuüben.

Weiterhin ist es gut, wenn auf der landeskirchlichen Ebene, in den Kirchenbezirken und in den Kirchengemeinden im Rahmen der Friedensbildung auch die Frage der Gewissensbildung ihren Ort hat, auch im Blick auf das weiterhin aktuell genutzte Grundrecht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Ebenso kann die weiterführende Diskussion zum „just policing“ im Sinne der Friedenslogik Spuren legen für ein weitsichtiges Szenario zum Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung, wie die Beschlüsse der Landessynode zur Weiterführung der friedensethischen Diskussion für die Landeskirche in Baden festhalten.

7. Auf landeskirchlicher Ebene können und müssen die lokalen Aktivitäten zur *Rüstungsproduktion, Rüstungsbegrenzung, Rüstungsexport und Konversion*

¹³ www.netzwerk-friedenspaedagogik.de

mit anderen Landeskirchen und der EKD vernetzt und handlungsorientiert gebündelt werden. Beispielhaft für andere Landeskirchen ist der friedensethische Konsultations- und Diskussionsprozess hier in Baden seit 2012 mit seinen Schlussfolgerungen und Handlungsoptionen. Diese haben die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg und die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck als Impuls für einen eigenen Diskussionsprozess aufgegriffen, einschließlich der mit der Friedenslogik zu verbindenden Festlegungen und Impulsen zur Weiterarbeit.

8. Nach eigener Aussage ist im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe „Frieden und Gerechtigkeit“ in allen Abteilungen ein wichtiges Thema. In der [Arbeitsstelle Frieden](#) steht vor allem die gewaltfreie Konfliktbearbeitung und der "friedensethische Prozess" der Landeskirche im Mittelpunkt. Das [Forum Friedensethik \(FFE\)](#) begleitet kritisch die Evangelische Landeskirche in Baden auf ihrem Weg zur Kirche des Friedens. Hier sind also strukturelle Zuordnungen geschaffen, die für die Realisierung der Friedenslogik genutzt werden können. Die Abteilung „Mission & Ökumene“ engagiert sich zudem für den vom ÖRK ausgehenden Pilgerweg für Frieden und Gerechtigkeit (*Pilgrimage for justice and peace*). Es

bleibt zu wünschen, dass wie in anderen Landeskirchen in der Arbeitsstelle Frieden auch die notwendige Arbeitskapazität für die umfangreichen Anforderungen zur Verfügung steht, denn nachdem mit dem Wegfall der Einberufung zur Bundeswehr seit 2011 die Beratung von Kriegsdienstverweigern und Kriegsdienstverweigerinnen in geringerer Zahl aber zugleich mit höheren Anforderungen weitergeht, wurde in manchen Landeskirchen der Rotstift angesetzt. Es ist erfreulich, dass beispielsweise die Evangelische Kirche in der Pfalz die Stelle des Leiters der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt in dem bisherigen Umfang wieder voll besetzt hat.

Ich kann nur andeuten, wie Landeskirchen die Friedenslogik realisieren können. Als Forum Friedensethik sind Sie in Baden auf einem beispielgebenden Weg. Denn:

Friedensarbeit ist kein Selbstläufer, sie ist richtige Arbeit und braucht langen Atem; sie braucht die Vernunft und die List der Vernunft mit viel Fantasie; sie braucht Heiterkeit und Gelassenheit, gepaart mit brennender Geduld – wie z.B. bei der Anti-Kriegsspielzeug-Kampagne: Waffeln statt Waffen.

Kurzer Bericht über die am Nachmittag tagenden Arbeitsgruppen und die FFE-Mitgliederversammlung von Dr. Dirk-M. Harmsen

Nach den Plenumsvorträgen verteilten sich die Teilnehmenden auf **drei Arbeitsgruppen**:

AG 1 *Die aktuelle Flüchtlingsthematik im Lichte der Friedenslogik* (Impulsreferat: Dietrich Becker-Hinrichs)
Literatur: Publik Forum Oktober 2016, Hanne-Margret Birckenbach: Friedenslogische Flüchtlingspolitik

AG 2 *Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik - Was sind konkrete nächste Schritte zur Stärkung friedenslogischer Politik?* (Impulsreferat: Dietrich Zeilinger)
Literatur: Hanne-Margret Birckenbach, Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik

AG 3 *Die Kirchen zwischen Sicherheitslogik und Friedenslogik – Kirchliche Eckpunkte zum Weißbuch 2016* (Impulsreferat: Theodor Ziegler)
Literatur: Renke Brahms (Friedensbeauftragter des Rates der EKD) und Dr. Sigurd Rink (Bischof für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr): Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eckpunkte zum Weißbuch 2016. September 2015.

Den FFE-Mitgliedern und den bis zum 2.11.15 bereits anderen Angemeldeten waren am 3.11.15 sowohl die Themen der Arbeitsgruppen als auch die entsprechenden Literaturhinweise zur inhaltlichen Vorbereitung per E-Mail mitgeteilt worden.

Die Teilnehmenden der AG 3, darunter auch der Verfasser dieser Zeilen, meinten am Ende der Diskussion, der FFE-Leitungskreis sollte den Autoren des EKD-Papiers "*Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eckpunkte zum Weißbuch 2016*" ihre kritische Stellungnahme zur Kenntnis bringen.

Zum Abschluss des Studientages haben die rund 50 Teilnehmenden folgenden **Beschluss zur Flüchtlingspolitik** einstimmig verabschiedet:

"Wir sprechen uns für eine Flüchtlingspolitik aus, die das Leiden und die Gefährdung der Fliehenden in den Mittelpunkt rückt und für ihren Schutz sorgt.

Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die Bereitschaft zum Zusammenleben mit Fliehenden und Zuwandernden zu fördern.

Wenn dies die Voraussetzung aller Überlegungen und Handlungen wird, dann lässt sich auch offen über Sorgen und Ängste von Einheimischen wie auch über Probleme und offene Fragen lösungsorientiert kommunizieren mit dem Ziel, die Akzeptanz eines menschenwürdigen und menschlichen Umgangs mit Fremden zu sichern.

Die Teilnehmer/innen appellieren an alle politisch Verantwortlichen, auf Äußerungen zu verzichten, die die Resentiments und Vorbehalte in der Bevölkerung schüren."

Dieser Beschluss wurde in einer Pressemitteilung den Medien übermittelt.

Die etwa halbstündige **Mitgliederversammlung** behandelte folgende Tagesordnungspunkte:

1. Arbeitsbericht des FFE-Leitungskreises (siehe unten)
2. Finanzbericht (siehe unten)
3. Diskussion über die Berichte - Anregungen der Mitglieder
(z.B. Thema des nächsten Studientags: *es wurde eine Reihe von Alternativthemen vorgeschlagen verbunden mit der Bitte, der Leitungskreis möge endgültig entscheiden*)
4. Antrag des Leitungskreises
Beschlussvorschlag: Die Fahrtkosten der FFE-Leitungskreismitglieder zu deren Sitzungen (ca. 5 pro Jahr) werden vom 01.01.2015 an seitens des FFE erstattet. *Einstimmig beschlossen.*
5. Wahl bzw. Bestätigung der Mitglieder des FFE-LK
Die Mitglieder des bisherigen Leitungskreises wurden in ihrem Amt bestätigt. Hinzu gewählt wurde Udo Grotz, so dass der Leitungskreis jetzt aus sieben Mitgliedern besteht.
6. Verschiedenes

Arbeitsbericht des FFE-Leitungskreises für den Zeitraum 22. November 2014 bis 21. November 2015

Der Leitungskreis traf sich seit der Mitgliederversammlung 2014 insgesamt fünf mal:
12.12.14, 16.02.15, 08.05.15, 30.07.15 und 30.10.15.

Folgende Themen standen zur Diskussion:

- Rückblick auf den FFE-Studientag und die Mitgliederversammlung 2014
- Inhalte des nächsten FFE-Rundbriefs (mehrmals)
- Themenfestlegung sowie inhaltliche Struktur für den Studientag 2015 (mehrmals)
- Begleitung der Folgeaktivitäten nach dem friedensethischen Beschluss der Landessynode vom Oktober 2013 "Kirche des gerechten Friedens werden" (mehrmals)
- Unterschriftenaktion für einen Appell an die EKD: Gewaltfrei für den Frieden (mehrmals)
- UCC Entscheidung zu Boykott und Investitionsentzug der von der israelischen Besetzung profitierenden Unternehmen
- Brief an die ACK-Kirchenleitungen mit der Bitte, zum Weißbuch 2016 des BMVg Stellung zu beziehen (Anregung von Peter Burger (Pax Christi))
- Übernahme der Fahrtkosten der FFE-Leitungskreisteilnehmer durch das FFE in der MV beschließen lassen
- Rückblick auf den DEKT 2015 in Stuttgart und Maßnahmen für den nächsten DEKT
- Zur politischen Lage (mehrmals)
- Beschlussfassung zu den Anregungen während der MV 2014 zu den Anträgen von Herrn Hartmut Müller
 - a) Friedensgruppen in den Kirchenbezirken erfassen und Netzwerke bilden?
Friedensbeauftragte in den Kirchenbezirken benennen
 - Vernetzung unter Leuten, die sich an dem Pilgerweg für Frieden und Gerechtigkeit beteiligen
 - Wo soll dies angebunden sein?
 - Bei der Arbeitsstelle Frieden oder bei Mission und Ökumene?

Die Friedensbeauftragten in den Kirchenbezirken sollten Kontaktpersonen sein für die Friedensdekade und sollten ein Auge darauf haben, auf Bezirksebene den landessynodalen Prozess umzusetzen. Sie sollten untereinander vernetzt sein und mit Informationen versorgt werden. Evtl. wäre ein jährliches Treffen sinnvoll.

b) Den Beschluss der Landeskirche stärker verbreiten? Dies geschieht ständig. Die Verbreitung des friedensethischen Beschlusses ist eine permanente Tätigkeit der damit betrauten Stellen und Personen und unser gemeinsames Anliegen. Zur Zeit geht es auch darum, den Karlsruher Aufruf wahrzunehmen und weiter zu verbreiten.

- Informationen des FFE zur Kernwaffensituation
- Bericht über Verhandlungen in der Fachgruppe ÖRK
- Mögliches Thema des Studientages 2016: Palästina-Israel
- Wollen wir uns als FFE auf der englischsprachigen Website für den Pilgerweg Gerechtigkeit und Frieden bekanntmachen?

In 2015 wurden zwei FFE-Rundbriefe veröffentlicht (im Mai und August). Die Auflage des letzten Rundbriefs betrug 100 Exemplare.

Der FFE-Rundbrief 1/2015 dokumentierte den Inhalt des FFE-Studientages 2014 mitsamt der Mitgliederversammlung sowie den 'Karlsruher Aufruf an die EKD: Gewaltfrei für den Frieden'.

Der FFE-Rundbrief 2/2015 widmete sich drei Schwerpunkten:

- a) Zurück zum Gerechten Krieg? Anmerkungen zu einem problematischen Trend
- b) Kernwaffen und ihr Mordpotential
- c) Zum Palästina-Israel-Konflikt (mit Dokumentation des Offenen Briefes von Erzbischof Emeritus Desmond Tutu an den Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart sowie des Aufrufs der Vereinigten Kirche Christi (UCC, USA) zum Boykott der von der israelischen Besetzung profitierenden Unternehmen).

Finanzbericht für 2014 und die ersten 10 Monate 2015

Zur Zeit haben wir 80 Beitrag zahlende Mitglieder.

Unsere wesentlichsten Einnahmen sind die **Mitgliedsbeiträge (und Spenden)**:

2.024,99 € (2015), 1.697 € (2014); 1.575,00 € (2013); 2.006,00 € (2012); 1.326,00 (2011).

Die hohen Einnahmen in 2012 beruhen darauf, dass es gelang, zahlungssäumige Mitglieder zu überzeugen, dass wir ihre Beiträge für unsere Arbeit benötigen.

Die **FFE-Studientage** kosten das meiste Geld:

Ausgaben 2014: 1.882,79 €; Einnahmen Tagungsgebühren 1.035,00 €, Zuschuss 411,40 €

Ausgaben 2013: 1.970,65 €; Einnahmen Tagungsgebühren 555,00 €, Zuschuss 707,82 €

Ausgaben 2012: 2.074,54 €; Einnahmen Tagungsgebühren 667,00 €, Zuschuss 699,27 €

Ausgaben 2011: 1.182,57 €; Einnahmen Tagungsgebühren 595,00 €, Zuschuss 500,00 €

Ohne die finanzielle Unterstützung unserer Kooperationspartner für die Studientage (Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat Karlsruhe sowie die Bezirksstelle der Evangelischen Erwachsenenbildung (eeb) Karlsruhe) müssten wir unsere Mitgliedsbeiträge von gegenwärtig 25 €/Jahr vermutlich auf 35 €/Jahr erhöhen.

Die jährlichen Kosten für die Produktion und den Versand der **FFE-Rundbriefe** beliefen sich auf 692,93 € (2015), 973,12 € (2014), 841,15 € (2013), 683,30 € (2012) und 747,23 € (2011). In 2015 erschienen zwei Rundbriefe, in den Jahren 2014 und 2013 jeweils drei Rundbriefe, in 2012 nur zwei, in 2011 drei.

Seit der Nummer 2/2014 werden die FFE-Rundbriefe, mit ISSN-Nummern versehen, an die Deutsche Nationalbibliothek und an die Badische Landesbibliothek geliefert. Die gedruckte Auflagenhöhe betrug beim letzten Rundbrief 100 Exemplare.

Das FFE ist seit März 2009 Mitglied in der "Kooperation für den Frieden" (Jahresbeitrag 50 €) sowie seit November 2011 Mitglied der "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" (Jahresbeitrag 100 €).

Am 31.10.2015 betrug das Vermögen des FFE 2.673,49 EUR.

Friedensethische Positionen (eine Auswahl)

Aus einem Geschichtsbuch im Jahre 2115 von Theodor Ziegler (6.03.2015)

In dem vom Stuttgarter Klettverlag für die Oberstufe herausgegebenen Lehrwerk „Geschichte und Geschehen“ aus Jahre 2115 ist zu lesen: „... In Folge des ostukrainischen Sezessionskriegs sowie der IS-Gräueltat im Frühjahr 2015 brach der Ost-West-Konflikt wieder in alter Schärfe auf. Die Nato-Länder beschlossen, ihre Rüstungsausgaben auf 2% des jeweiligen Bruttosozialproduktes zu steigern. Die damalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ließ längst eingemottete Panzerverbände wieder aktivieren und gab die neue Panzergeneration LEO III und eine Aktualisierung des Weißbuchs in Auftrag. Als sie auch die Bevölkerung zum Dialog einlud, meldeten sich viele Angehörige von christlichen Friedensorganisationen und fragten, was in den vergangenen Jahrzehnten durch militärische Auslandseinsätze eigentlich zum Besseren gewendet worden sei und forderten ein grundsätzliches Überdenken der bisherigen Politik. Die Ministerin hatte insgeheim ähnliche Zweifel gehegt und beschloss deshalb in ihrer couragierten Art, für die Arbeit an dem neuen Weißbuch 2016 nicht nur MilitärexpertInnen zu befragen, sondern ganz gezielt auch militärkritische Friedens- und KonfliktforscherInnen sowie auf Anraten des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble auch NationalökonomInnen. Letztere rechneten ihr vor, mit der einen Hälfte der jährlichen Militärausgaben von über 32 Mrd. Euro könne im Sinne humanitärer Schutzverantwortung für

jeden der jährlich 8 Mio. verhungerten Menschen pro Jahr 2.000 Euro zur Sicherung eines Lebens in würdigen Verhältnissen finanziert werden. Die anderen 16 Mrd. Euro sollten für den Umbau der Bundeswehr zu einer international sofort abrufbaren Katastrophenschutzorganisation sowie für deutsche BeamtInnen bei einer dringend einzurichtenden OSZE- und UNO-Polizei eingesetzt werden. Die Friedens- und KonfliktforscherInnen skizzierten alternativ zur seinerzeit praktizierten, militärisch gestützten Sicherheitspolitik die Grundzüge einer friedenslogischen Politik: Frieden als das Produkt politischen und wirtschaftlichen Ausgleichs sowie fairen Handels. Nach heftigen politischen und gesellschaftlichen Debatten gelang es Ursula von der Leyen, einen interfraktionellen Gesetzesentwurf im Bundestag beschließen zu lassen. Dieses neue, im Weißbuch 2016 ausführlich entfaltete Friedenskonzept sah bis zum Jahre 2025 einen Wechsel von der militärischen Sicherheitspolitik zu einer friedenslogischen Politik vor. Viele europäische Länder leiteten ähnliche Prozesse ein. Österreich, Griechenland und Portugal überholten Deutschland sogar und waren schon 2020 entmilitarisiert. Ursula von der Leyen bekam für ihre historische Leistung den Friedensnobelpreis 2025 zuerkannt. Im Jahre 2100 konnte die UN-Generalsekretärin feststellen, dass der Krieg gänzlich ausgerottet sei.“

Stellungnahme bei der Podiumsdiskussion „Wie wird Friede?“ am 4.6.2015 im Zentrum Frieden 2015 in der Friedenskirche in Stuttgart von Theodor Ziegler

1) Kriegsüberwindung ist die Überlebensfrage

Es gibt vieles, was wir Menschen weder beeinflussen, noch verändern können: Erdbeben, Tsunamis, Meteoriteneinschläge, dass wir sterben müssen und so weiter. Hunger und Krieg gehören nicht dazu, sie sind die Folgen menschlichen Fehlverhaltens, menschlicher Ungerechtigkeit. Und deshalb können wir auch etwas dagegen unternehmen. Wir können nicht nur – wir müssen es! Entweder wir schaffen den Hunger und den Krieg ab, oder die beiden schaffen uns ab. Diese Erkenntnis ist zwar schon seit einem halben Jahrhundert bekannt, so dass man sich daran gewöhnt hat in der Hoffnung, es werde schon nicht so

schlimm kommen. Jedoch, die neuen, asymmetrischen Kriege im Mittleren und Nahen Osten, die zunehmenden Flüchtlingsströme, der Neue Kalte Krieg zwischen Russland und dem Westen u.v.a. sind eindeutige Indizien für die zunehmende Bedrohung durch kriegerische Gewalt und dahinter liegende unfaire Wirtschaftsbeziehungen.

2) Die Politik ist mit der Überwindung des Krieges bislang überfordert

Alle wollen den Frieden und sind im Prinzip gegen Krieg. Man beschwört den Primat der Politik und den Vorrang der Gewaltfreiheit. Gleichwohl kann sich die übergroße Mehrheit unserer gegenwärtigen Politike-

rInnen eine entmilitarisierte Außen- und Sicherheitspolitik überhaupt nicht vorstellen. Die Abschaffung des (für Kriege notwendigen) Militärs, ist für die Allermeisten jenseits des Denkhorizontes. Auch die meisten Kirchenvertreter erachten die Bundeswehr für notwendig – als ultima-ratio. Doch wenn dieses einen Sinn machen soll, wenn dieses letzte Mittel eine Aussicht auf Erfolg haben soll, bedarf es des gesamten Programms der ständigen Rüstungsforschung, des Waffenhandels, der glaubhaften Bereitschaft und Fähigkeit zu einem Kriegseinsatz. Deshalb reichen die politischen Zielvorstellungen im besten Fall bis zu einer gemeinsamen Europäischen Armee, besserer Kooperationen im Bereich der Rüstungsproduktion. Und die Kirchen mahnen durch ihre Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) alljährlich eine Begrenzung des Rüstungshandels an.

Für die militärische Sicherheitsstrategie arbeiten bei Bundeswehr, Rüstungsbetrieben und Militärische Forschung mindestens 350.000 Menschen. Doch wie viele Menschen forschen und arbeiten für gewaltfreie Konfliktlösungen im internationalen Bereich? Es dürften nur wenige Tausend sein.

3) Die friedensethischen Möglichkeiten der Volkskirchen

Bei der Frage, wer bei der Überwindung des Krieges behilflich sein kann, spielen die Kirchen mit ihrem Evangelium vom Frieden Christi eine ganz besondere Rolle. Mir ist keine Religion, keine Partei oder sonstige Großorganisation bekannt, die den Frieden und, dass man ihn nur auf friedlichem Wege erreichen kann, so zentral in ihrem Programm hat. Auch wenn die Volkskirchen seit der Konstantinischen Wende bzw. die Protestanten seit einem halben Jahrtausend diese Friedensbotschaft Christi relativiert haben und jeden Krieg bejaht und unterstützt haben, wächst in ihnen die Zahl der Menschen, die die Gewaltfreiheit als einen ganz zentralen Punkt des christlichen Glaubenszeugnisses verstehen. Und selbst bisherige ultima-ratio-MilitärbefürworterInnen haben durch die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte mit militärischen Auslandseinsätzen Zweifel an der Praxistauglichkeit militärischer Friedenssicherung bekommen. Insofern dürfte das Interesse an einer Neuorientierung evangelischer Friedensethik allgemein im Wachsen begriffen sein. Im Sinne einer Politischen Diakonie könnten und sollten die Kirchen den Weg zu einer gewaltfreien Friedenspolitik mit entwickeln und ins politische Gespräch bringen.

4. Wie könnten die nächsten Schritte zu einer friedlicheren Welt aussehen?

4.1 Aufgrund unserer historischen Verantwortung sollten **wir Deutschen und insbesondere wir Christen** einen **ersten Impuls** für die Entwicklung einer gewaltfreien internationalen Politik geben. Wenn wir

nicht, wer sonst? Wir könnten den Anfang machen, aus dem Kreislauf der kriegerischen Gewalt ausbrechen. (Beispiele für Innovationen waren immer einseitig begonnen worden: Abschaffung des Absolutismus, der Folter, der Todesstrafe, der Sklaverei, Gewalt in der Erziehung usw.). Auch wenn ich mich nachfolgend an die EKD wende, wäre eine ökumenische Kooperation auf allen kirchlichen Ebenen eine Verstärkung der kirchlichen Salz- und Lichtwirkung.

4.2 Die EKD braucht dringend ein **Friedensleitbild einer entmilitarisierten Welt** mit der chronologischen Beschreibung des Weges dorthin. (Vergleichbar dem CO₂-Ziel) Dem soll der KARLSRUHER AUFRUF 2015 dienen. Es geht darum, die Grundlagen des Evangeliums von der Geschwisterlichkeit aller Menschen und von der Goldenen Regel Jesu in praktische Politikvorschläge umzusetzen. Da Gewaltfreiheit im Unterschied zur militärischen Gewalt nicht von oben angeordnet werden kann, **bedarf es hierzu eines breiten Diskussionsprozesses**. Diesen haben wir in Baden ansatzweise auch auf der Kirchenbezirksebene und in einigen Gemeinden durchgeführt und dazu laden wir alle Landeskirchen und die EKD ein. (SynBeschl.)

4.3 Vergleichbar dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD sollte von der EKD oder in einer Landeskirche ein **Institut für eine friedenslogische Politik zur Überwindung des Krieges** eingerichtet werden. Von diesem könnten in Nutzung der Schwarmintelligenz die Erkenntnisse der Friedensforschungsinstitute und Friedensorganisationen und interessierter Einzelpersonen für eine friedliche Friedenspolitik fruchtbar gemacht werden.

4.4 Da Frieden nach biblischem Zeugnis untrennbar mit Gerechtigkeit verbunden ist, bedeutet dies ebenso ein **Engagement für eine Transformation unseres persönlichen und kirchlichen Lebensstils**, unserer Wirtschaftsweise und unserer wirtschaftlichen Beziehungen hin zu einer mit allen ErdenbewohnerInnen solidarischen und global verantwortlichen Lebensform.

4.5 Ein Schritt, die Friedenspolitik mehr zu demokratisieren wäre das kirchliche Engagement für eine alternative **Friedenssteuer**. BürgerInnen soll – ähnlich der Regelung für Kirchen- bzw. Kultursteuer – alljährlich die Möglichkeit haben, den Rüstungssteueranteil bei ihrer Steuererklärung dezidiert ziviler Konfliktbearbeitung zu widmen. Gleichzeitig wäre dies eine dem kirchlichen Engagement für Kriegsdienstverweigerer entsprechende Maßnahme.

4.6 Nachdem für deutsche Männer die Wehrpflicht ausgesetzt worden ist, könnte sich die Evangelische Kirche verstärkter für die **Betreuung ausländischer Kriegsdienstverweigerer** engagieren und somit ein

internationales Zeichen gegen die militärische Inpflichtnahme setzen.

4.7 Die friedensethische Neuorientierung sollte ein Schwerpunkt des nächsten **Kirchentages 2017** in Berlin und Wittenberg zum fünfthundertjährigen Reformationsjubiläum werden. Der theologischen Reformation durch Luthers Erkenntnis von Gnade Gottes, sollte eine **friedensethische Reformation** in der

Nachfolge des gewaltfreien Jesus Christus folgen. Dann im offiziellen Programm und nicht wie hier – draußen vor der Tür.

Theodor Ziegler, Religionslehrer in Breisach am Rhein und Mitglied des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden, E-Mail: Zieglertheodor@wanadoo.fr

Bericht des Bischofs für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr an die EKD-Synode 2015 von Dr. Sigurd Rink

In meinem ersten Amtsjahr als Bischof für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr stellten sich mir viele herausfordernde Fragen, und das nicht nur im Bereich der Friedensethik. Die komplexe weltpolitische Lage sorgte im vergangenen Jahr zusammen mit der neuen Hauptamtlichkeit des Bischofs für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr, in Kirche, Bundeswehr und Öffentlichkeit für ein gesteigertes Interesse an der Arbeit wie auch an Positionen der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr. Neben zahlreichen Einladungen zu Standort- und Auslandseinsatzbesuchen, zu Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Gottesdiensten erhielt ich eine Vielzahl von Anfragen von Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen. Ich bin sehr dankbar für diese große und ganz überwiegend freundlich zugewandte und interessierte Resonanz auf unsere Arbeit und begreife sie zugleich als Ansporn.

Prägende Erfahrungen und Erlebnisse des ersten Amtsjahres

Wohl am nachhaltigsten geprägt haben mich die zahlreichen Begegnungen und Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten in den letzten Monaten. Ich bin immer wieder beeindruckt, mit welcher Tiefe und ethischen Sensibilität viele von ihnen ihre Aufgabe reflektieren. Der Wandel zur Einsatzarmee bedeutet hohe strukturelle, aber auch persönliche Belastungen für die Bundeswehr und ihre Angehörigen. In den Auslandseinsätzen stehen die Soldatinnen und Soldaten nicht nur selbst in der Gefahr, ihr Leben durch Gewalt zu verlieren. Die zunehmende Asymmetrie mancher militärischen Lagen erhöht für sie auch das Risiko, nicht am Konflikt Beteiligte zu verletzen bzw. zu töten. Zugleich muss immer auch der Schutz der Kameraden mitbedacht werden. Das kann zu immensen Belastungen für das Gewissen führen. Die Konfrontation mit Not, menschenverachtender Gewalt und Tod wirft für die Soldatinnen und Soldaten drängende ethische Fragen auf. Über diese Herausforderungen hinaus kommen für viele hohe persönliche

Belastungen im Arbeitsalltag: Die Trennung von der Familie und das ständige Pendeln, fortwährende Umstrukturierungen, aber auch Eindruck mangelnden gesellschaftlichen Rückhalts. Als bedrückend erleben viele auch den Alltag in den Auslandseinsätzen. Bei meinen Besuchen im Kosovo, in Afghanistan, in Estland und auf Zypern (UNIFIL) konnte ich mir ein Bild davon machen.

Auch in friedensethischer Hinsicht haben mich die Berichte der Soldatinnen und Soldaten tief bewegt. Vor Ort sieht die Lage oftmals ganz anders aus als in den politischen Analysen in Deutschland. Deutsche Soldatinnen und Soldaten erleben mit, wann konkret Schritte auf dem Weg zu einem gerechten Frieden gelingen, wann sie in die Irre führen und vor allem auch, wie mühsam dieser Weg ist. Immer mehr begreife ich, wie wichtig schon allein um dieser Menschen willen eine langfristige und ressortübergreifende außen- und sicherheitspolitische Strategie unter dem Primat des Zivilen ist. Manche theorielastige Debatten wie die um die Anschaffung von bewaffneten Fluggeräten für die Bundeswehr erhalten eine neue Dimension durch Berichte der Soldatinnen und Soldaten über divergierende Wertvorstellungen und Handlungspraxen in multinational zusammengesetzten Einsatzkontingenten. Auf diesem Hintergrund war die Tagung „Braucht die Bundeswehr Drohnen?“, an der wir uns im Auftrag des Rates der EKD beteiligt haben, besonders hilfreich zur Schärfung des Blicks auf dieses komplexe Themenfeld.

Eindrücklich war für mich auch die Begegnung mit den Spezifika der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr. Zum einen hat mich die hohe Wertschätzung beeindruckt, die unseren Pfarrerinnen und Pfarrern – auch von konfessionell nicht Gebundenen – in der Bundeswehr entgegengebracht wird. Zum anderen erlebte ich eine hohe Berufszufriedenheit bei unseren Seelsorgerinnen und Seelsorgern, obwohl die Bedingungen für ihren Dienst nicht immer einfach und die Gemeindemitglieder manchmal einer hohen

Belastung ausgesetzt sind.

Herausforderungen für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr

Als Seelsorge in der Arbeitswelt muss sich Seelsorge in der Bundeswehr den Herausforderungen stellen, mit denen auch die Streitkräfte insgesamt konfrontiert sind. Dies gilt nicht nur für Umstrukturierungen und Standortschließungen, die unsere Pfarrämter unmittelbar betreffen. Auch aufgrund der Arbeitsverdichtung an den Bundeswehrstandorten, der wachsenden Zahl kleiner Einsatzkontingente, der sich verändernden kirchlichen Bindung und Sozialisation sowie des veränderten Freizeitverhaltens der Soldatinnen und Soldaten muss überlegt werden, wie in Zukunft religiöses Leben im Bundeswehrkontext gestaltet werden kann.

Der Wandel von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee wirft Fragen nach den Grundwerten für soldatisches Handeln und nach der Rückbindung der Streitkräfte in die Gesellschaft auf. Die Seelsorgerinnen und Seelsorger geben hierzu Denkanstöße im Rahmen des Lebenskundlichen Unterrichts (LKU). 2014 haben ca. 50.000 Soldatinnen und Soldaten am diesem besonderen Angebot der ethischen und persönlichen Reflexion teilgenommen. Es bleibt eine ständige Herausforderung, genügend Freiraum für die Durchführung des LKU im Dienstalltag zu bekommen.

Die seelsorgliche Begleitung von Auslandseinsätzen bleibt weiterhin ein Schwerpunkt unserer Seelsorgerinnen und Seelsorger: Zwar verringerte sich im Zeitraum 2014/2015 die Einsatzstärke der Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan, es kamen jedoch neue Einsätze hinzu (im Irak, im Mittelmeer, im Baltikum, in Liberia). Eine langfristige Entlastung wird das Ende des Einsatzes in der Türkei ab Januar 2016 bringen, jedoch bleibt die seelsorgerliche Begleitung der seefahrenden Marineeinheiten bei begrenzter Pfarrstellenzahl eine Herausforderung. Insbesondere im Rahmen der Seenotrettung im Mittelmeer ist die Nachfrage an Bord der Schiffe groß. Soldatinnen und Soldaten werden dort mit Not, Leid und Tod ebenso konfrontiert wie mit Gewalt unter den Flüchtlingen.

Eine Aufgabe, der wir uns schon seit längerem widmen, ist die Begleitung von Einsatzrückkehrern, Einsatzbelasteten und Hinterbliebenen. In unserem Seelsorgeprojekt verbinden wir intensive seelsorgerliche Begleitung mit innovativen Unterstützungsansätzen und vernetztem Handeln verschiedener Institutionen. Diese Arbeit gilt es auf Dauer abzusichern und zugleich die Bundeswehr als Arbeitgeberin immer wieder an ihre Verantwortung für die Betroffene

nen zu erinnern. Lasten und Belastungen der Soldatinnen und Soldaten müssen noch mehr als bisher öffentlich sowie auf Entscheidungsebene ernst genommen und verlässliche Angebote der Begleitung und Unterstützung weiter ausgebaut werden. Deshalb ist es mir ein besonderes Anliegen, dass unser Seelsorgeprojekt für Einsatzrückkehrer vom Status des Projektes in einen festen Bestandteil unserer Arbeit als Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr überführt und auf eine breitere Basis gestellt wird. In diesem Zusammenhang prüfen wir derzeit unter anderem die Option der Gründung eines Zentrums für unter Einsatzfolgen leidende Menschen gemeinsam mit Kooperationspartnern.

Neben viel Anerkennung gibt es gegenüber unserer Arbeit auch Vorbehalte, außerhalb wie auch innerhalb der Kirche. Daher war es mir im vergangenen Jahr wichtig, für unsere Aufgabe Verständnis zu wecken. Das Jahresthema 2014 „Religion und Politik“ der Lutherdekade bot mir die Gelegenheit, in verschiedenen Vortragskontexten die Frage der „Öffentlichen Verantwortung“ von Kirche zu vertiefen und auf die Arbeit der Seelsorge in der Bundeswehr sowie auf aktuelle weltpolitische Herausforderungen zu beziehen. Angesichts der in letzter Zeit verstärkten Debatten um die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuausrichtung der evangelischen Friedensethik habe ich daran erinnert, wie nach dem Zweiten Weltkrieg vom Stuttgarter Schuldbekenntnis ausgehend das Konzept der öffentlichen Verantwortung von Kirche entwickelt wurde und wie sich dieses heute in der Arbeit der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr unter dem Leitbegriff der kritischen Solidarität konkretisiert.

Die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter für unsere Arbeit bleibt gerade im Blick auf die Zukunft wichtig. Der Nachwuchsmangel an Theologinnen und Theologen wird auch unseren Arbeitsbereich treffen. Wir sind daher nicht nur den zuständigen Referenten der Gliedkirchen in regelmäßigem Austausch, sondern arbeiten auch kontinuierlich an einer bedarfsgerechten Qualifizierung und Begleitung der Kolleginnen und Kollegen. Die Tätigkeit in der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr sollte so nicht nur für die Einzelnen, sondern auch für die Gliedkirchen als eine wertvolle Bereicherung im Berufsweg empfunden werden.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte und Projekte

Begleiten, ermutigen, verkündigen und orientieren – diese vier Begriffe beschreiben prägnant die Kernaufgaben der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr. Ich bin dankbar für die auf vielfältige Weise erfolgreichen Projekte, die in den letzten Jahren an-

gestoßen wurden. Exemplarisch möchte ich für jeden Kernbereich unserer Arbeit von einem besonderen Projekt berichten.

BEGLEITEN: Im Rahmen unseres Seelsorgeprojektes haben wir im vergangenen Jahr ein Kinderbuch herausgegeben, in dem es um einen kleinen Jungen geht, dessen Vater mit einer posttraumatischen Belastungsstörung aus dem Auslandseinsatz zurückkommt. Es soll den Kindern von Betroffenen helfen, in schweren Zeiten Worte zu finden, es soll Ängste mindern, Verständnis wecken und Schuldgefühle abbauen. Das Büchlein stößt auf enorme Resonanz, so hat das japanische Militär vor kurzem Interesse an einem Nachdruck bekundet. Zugleich bedarf es einer sehr sorgfältigen Handhabung, und wir empfehlen aufgrund praktischer Erfahrungen eine Lektüre durch Betroffene nur mit fachkundiger Begleitung.

ERMUTIGEN: Mit unseren Zeitschriften „JS“ und „zur sache bw“ sprechen wir Soldatinnen und Soldaten in ihrem Arbeitsalltag an und wollen sie auf der Grundlage des christlichen Glaubens zu einem selbstbestimmten und gern gelebten Leben ermutigen. Seit einigen Jahren haben wir das GEP mit dem Vertrieb beauftragt und produzieren jede Ausgabe nur noch in der tatsächlich aktuell von den Pfarrämtern nachgefragten Menge. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Auflagen von 18.000 Exemplaren JS und 8.000 Exemplaren „zur sache bw“ tatsächlich bei einzelnen Soldatinnen und Soldaten ankommen. Auf diesen stabilen Zahlen wollen wir uns aber nicht ausruhen. Deshalb haben wir „zur sache bw“ einem Relaunch unterzogen, der jetzt seine Ergebnisse zeigt: Die Zahl positiver Rückmeldungen hat deutlich zugenommen, zwei der letzten drei Ausgaben sind vergriffen, und erstmals schaffte die Zeitschrift es in das Finale eines internationalen Wettbewerbs. Die „JS“ schaffte sogar den Gesamtsieg als „Best Overall Editorial“ bei den „Content Marketing Awards“ in Cleveland – vor einer Reihe beeindruckender Titel aus den USA, Kanada und Australien. Ich denke, wir können mit Recht stolz sein auf dieses Produkt der EKD und des GEP. Noch wichtiger als stabile Nachfrage und internationale Preise ist mir aber die Erfahrung, dass „JS“ in der Lebenswirklichkeit der jungen Soldatinnen und Soldaten ankommt; immer wieder werde ich darauf angesprochen und ich freue mich über die gelungene Kommunikation und manche „Duftmarke“, die das Team als kirchliche Stimme in der Bundeswehr setzt.

VERKÜNDIGEN: Überwältigt war ich von dem großen Interesse, das die Deutsche Bibelgesellschaft und die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr mit der gemeinsamen Herausgabe unserer Auswahlbibel „LebensWorte“ hervorgerufen haben. Mit der

treffenden Auswahl biblischer Kernstücke aus dem alten und neuen Testament, der nüchternen und präzisen Sprache der BasisBibel-Übersetzung und der buchbinderischen Ausstattung für Alltag und Einsatz ist den Verantwortlichen ein echter Erfolg gelungen.

ORIENTIEREN: Im Zusammenhang mit dem Themenjahr „Reformation und Politik“ hat die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr Luthers Schrift „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können“ in einer sprachlichen Überarbeitung, mit einer fachkundigen Einführung und einer Darstellung der Lebenswirklichkeit von Soldatinnen und Soldaten zur Zeit der Bauernkriege herausgegeben. Die erste Auflage ist vergriffen und wir planen einen Nachdruck. Intensiv diskutiert wurde Luthers „Kriegsleuteschrift“ im Rahmen einer Tagung in Wittenberg, zu der gut 80 Offiziere aus allen Teilen Deutschlands kamen, um an den historischen Stätten der Reformation über das Thema „Schwert und Gewissen – Der Beruf des Soldaten in lutherischer Perspektive“ nachzudenken. Die Veranstaltung hat sich als ein erfolgreiches Format erwiesen, um mit militärischen Führern ins Gespräch zu kommen und Kirche und christlich begründete ethische Ansätze Offizieren nahe zu bringen.

Für meine Tätigkeit als „pastor pastorum“ für die Bundeswehrseelsorge sind für mich drei Begriffe leitend: visitieren, ordinieren und orientieren. Sie verweisen darauf, dass mir die Begleitung der Militärggeistlichen in ihrer anspruchsvollen Aufgabe ein besonderes Anliegen ist. Eine große Chance meiner Hauptamtlichkeit ist es, mehr Zeit für Standortbesuche und Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen zu haben. In meinem ersten Amtsjahr stand diese wichtige Aufgabe oftmals in einer gewissen Spannung zu zahlreichen Antrittsbesuchen und öffentlichen Auftritten. Um der Begleitung der Kolleginnen und Kollegen für die Zukunft einen guten Rahmen zu geben, bin ich dabei, das Instrument der Visitation einzuführen, mit dem zugleich eine kollegiale Arbeitsweise gestärkt werden soll. Auf der Leitungsebene will ich mit Hilfe einer neuen, kollegialen Leitungsstruktur Prozesse transparenter gestalten und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit stärken. Im Alltag des Bischofsamtes geht es oft darum, die Waage zu halten zwischen (auswärtigen) Terminen und der Ansprechbarkeit sowohl für Soldatinnen und Soldaten als auch für die Militärggeistlichen und die Verwaltung.

Verwaltungsprozesse und -strukturen sollen künftig effizienter gestaltet werden. Hierbei unterstützt mich seit dem 1. Juni 2015 Katja Potzies als neue Verwaltungsleiterin beim Handlungsbereich Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr (HESB). Gemeinsam

mit dem Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr überarbeiten wir derzeit die Rüstzeitrichtlinien mit dem Ziel, künftig ein Zuschuss-Verfahren zu etablieren und so eine deutliche Verwaltungsvereinfachung für ca. 50.000 Rüstzeittage jährlich mit etwa 15.000 Soldatinnen und Soldaten auf Seiten des HESB zu erreichen. Die Militärpfarrämter erhalten durch die Neuregelung eine höhere Kompetenz in der inhaltlichen Gestaltung, gleichzeitig aber auch eine höhere Verantwortung, was den Kostenrahmen und die Abrechnung anbelangt. Wir hoffen, die Rüstzeitarbeit als einen zentralen Arbeitsbereich der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr, in dem Gemeindearbeit und Gemeindeaufbau geschieht und der aus kirchlichen Mitteln finanziert wird, auf Dauer verwaltungsmäßig gut regeln zu können. Auch in der Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verteidigung ist es uns gemeinsam mit dem Kirchenamt der EKD gelungen, im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung und verschiedener Erlassregeln Prozesse zu vereinfachen und Doppelstrukturen zu vermeiden unter Wahrung vollständiger kirchlicher Verfügungs- und Entscheidungshoheit und vollständigem Prüfrecht des Oberrechnungsamtes der EKD.

Die innerkirchlichen Kooperation und Vernetzung gilt es auch zu verstärken. So wird es in den neuen Rüstzeitrichtlinien ein Bonussystem geben für die Nutzung kirchlicher Häuser im Rahmen von Rüstzeiten. Auch für unsere jährlichen Gesamtkonferenzen prüfen wir derzeit eine Zusammenarbeit mit kirchlichen Tagungsstätten. Auf Anregung des Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz haben wir zudem begonnen, unseren gemeinsamen evangelischen „Auftritt“ in Berlin zwischen den Akteuren von Landeskirche, EKD und Diakonie stärker abzustimmen. Bereits bewährt hat sich die Beteiligung unseres Hauses an der täglichen Telefonkonferenz der EKD-Pressearbeit.

Im Fokus unserer friedensethischen Arbeit in diesem Jahr stand bzw. steht der **Weißbuchprozess 2016** der Bundesregierung. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik soll ein „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ im Rahmen eines partizipativen Verfahrens entstehen, das sowohl die Verantwortlichen aus der Politik als auch relevante gesellschaftliche Akteure und die breite Öffentlichkeit einbezieht. Die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr hatte eine solche gesamtgesellschaftliche Öffnung des außen- und sicherheitspolitischen Diskurses seit Jahren gefordert und aktiv unterstützt. Am Dialogprozess zum Weißbuch beteiligen wir uns im Verbund mit den Evangelischen Akademien in Deutschland sowie über Veranstaltungen im Rahmen unserer eigenen Gremien. So diskutierte der Projekt-

beauftragte für das Weißbuch, Brigadegeneral Breuer, im Mai 2015 mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft ethische Bildung in den Streitkräften (AEBIS). Über den Sommer 2015 wurde gemeinsam mit dem Friedensbeauftragten der EKD ein Eckpunktetpapier der EKD zum Weißbuch 2016 erarbeitet („Am gerechten Frieden orientieren – Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik“), das am 14. Oktober 2015 der Öffentlichkeit im Rahmen einer Fachveranstaltung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie zu Berlin vorgestellt wird.

Perspektiven

Wie will Deutschland seine Verantwortung in dieser vielerorts so friedlosen Welt wahrnehmen? Und was bedeutet dies für die Bundeswehr wie auch für die Praxis der Seelsorge in der Bundeswehr? Mit dem Weißbuch 2016 stehen wir nicht am Ende, sondern vielmehr am Anfang einer Debatte, die in der gesamtgesellschaftlichen Breite geführt werden sollte. Ich bin daher froh, dass der Beirat Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr der Verlängerung unseres gemeinsamen Projektes „...dem Frieden in der Welt dienen“ mit den Evangelischen Akademien in Deutschland bis Sommer 2017 zugestimmt hat. Die diversen Veranstaltungsformate haben erfolgreich dazu beigetragen, dass sich wichtige Vertreter unterschiedlicher Akteursebenen begegnen konnten und das gegenseitige Verständnis für zum Teil kontroverse Positionen gewachsen ist. Dieser erfolgreiche Prozess soll fortgesetzt werden. Die aktuellen geopolitischen Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und auch Europa ebenso wie ökonomische Kräfteverschiebungen, neue Weltmächte und neue Formen der Kriegsführung erfordern tiefergehende Analysen.

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen haben zugleich auch eine Diskussion um die bisherigen Eckpunkte unserer christlichen Friedensethik angestoßen. Angesichts von multipolaren Konstellationen, von asymmetrischen und innerstaatlichen Konflikten auch mit nichtstaatlichen Akteuren stellt sich die Frage, ob der bisherige normative Rahmen evangelischer Friedensethik, wie er in der Friedensdenkschrift aus dem Jahr 2007 formuliert ist, für die ethische Urteilsbildung ausreichend ist oder einer Fortentwicklung bedarf. Kritische Anfragen wurden besonders im Blick auf die grundlegenden Konzepte der Friedensdenkschrift formuliert: Sind das „Leitbild des gerechten Friedens“ und die „vorrangige Option der Gewaltlosigkeit“ noch tragfähig angesichts der neuartigen Konfliktlagen? Müssen wir uns als Kirche verstärkt und vor allem auch konkreter und anwendungsorientierter mit Fragen rechtserhaltender Ge-

walt auseinandersetzen oder ganz im Gegenteil ausschließlich gewaltfreie Alternativen entwickeln? Die hier angedeuteten Fragen bedürfen einer breit angelegten diskursiven Beratung, die nur in einem institutionellen Setting erfolgen kann, welches die verschiedenen Akteure der evangelischen Friedensethik in jeweils angemessener Weise einbezieht. Dies soll im Rahmen des friedensethischen Grundlagenprojekts „Orientierungswissen zum gerechten Frieden“

an der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg geschehen. Im Zusammenwirken mit der Konferenz für Friedensarbeit und dem EKD-Kirchenamt haben wir dieses Projekt initiiert. Es soll 2016 seine Arbeit aufnehmen.

Berlin, im September 2015

Am gerechten Frieden orientieren. Evangelische Perspektiven auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Eckpunkte zum Weißbuch 2016 von Renke Brahms und Dr. Sigurd Rink (14.10.2015)

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik entsteht ein „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ im Rahmen eines partizipativen Verfahrens. Verantwortliche aus der Politik sollen ebenso beteiligt werden wie relevante gesellschaftliche Akteure und eine umfassende politische Öffentlichkeit. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) begrüßt es ausdrücklich, den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs für eine gesamtgesellschaftliche Beteiligung zu öffnen. Die Frage nach der zukünftigen Rolle Deutschlands in der Welt muss vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes diskutiert werden. Friedenspolitisch bedarf es einer mehrheitlich getragenen Position zu den Zielen, Prioritäten und Instrumenten, mit denen sich Deutschland in Zukunft international engagieren will. Die EKD will ihren Beitrag hierzu unter anderem mit den vorliegenden „friedensethischen Eckpunkten“ leisten.

1. Am gerechten Frieden ausrichten

Die EKD tritt dafür ein, außen- und sicherheitspolitisches Handeln am Leitbild des gerechten Friedens zu orientieren. Das Leitbild des gerechten Friedens weitet den Blick über aktuelle nationale Interessen und Sicherheitsbedürfnisse hinaus für die Bedingungen nachhaltigen Friedens auf der Welt. Nur wo Menschen die Möglichkeit haben, in Sicherheit und mit den notwendigen Ressourcen zu leben, kann dauerhaft Frieden werden. Außen- und Sicherheitspolitik muss sich ethisch daran messen lassen, inwieweit sie ressortübergreifend und nachhaltig Prozesse befördert, die Menschen vor Gewalt schützen, Gerechtigkeit fördern, Not abbauen und kulturelle Vielfalt gewährleisten. Eine entscheidende Aufgabe eines sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategiepapiers der Bundesregierung ist es aus unserer Sicht, die politischen, ökonomischen, rechtlichen und kulturellen Be-

dingungen für friedensfördernde Prozesse in Deutschland, Europa und der Welt als Ausgangspunkt konkreten Handelns zu beschreiben.

2. Internationale Friedensordnung als Rechtsordnung gestalten

Eine die Völker verbindende Friedensordnung ist nach dem Leitbild des gerechten Friedens nur als internationale Rechtsordnung denkbar. 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges muss die Erinnerung an die Katastrophen der großen Kriege des 20. Jahrhunderts lebendig bleiben: Frieden kann nur gemeinsam, auf der Basis einer verbindlichen und allgemein verpflichtenden Rechtsordnung gesichert werden. Voraussetzung hierfür sind starke und funktionsfähige Systeme kollektiver Sicherheit, die praktische Achtung der universellen und unteilbaren Menschenrechte, eine aktive Mitarbeit an Standards transnationaler Gerechtigkeit sowie ein respektvoller Umgang mit kultureller Vielfalt. Nationale Politik muss sich an diesen Normen ausrichten, wenn sie sich wirklich einer internationalen Friedensordnung verpflichtet sieht.

3. Frieden braucht nachhaltige Entwicklung

Im September 2015 wurde von der UN-Vollversammlung eine neue globale Entwicklungsagenda verabschiedet (Sustainable Development Goals/ SDGs). Das zentrale Ziel dieser Agenda und damit die entscheidende Herausforderung für das Handeln der internationalen Gemeinschaft rückt „eine Hannover, im September 2015 Am gerechten Frieden orientieren 2 Welt frei von Armut, Hunger, frei von Flucht und Gewalt“ in den Mittelpunkt der zukünftigen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Mit der Zustimmung zu dieser Agenda hat sich auch Deutschland dazu verpflichtet, einen entscheidenden Beitrag zur Transformation in Richtung einer gerechteren und nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Expli-

zit sind in den SDGs auch sog. „Friedenziele“ aufgenommen worden, die den unlöslichen Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und nachhaltigen Entwicklungschancen für alle betonen. Konkret wird dies u. a. in der Forderung, „illegale Finanz- und Waffenströme deutlich (zu) reduzieren, die Wiederherstellung und Rückführung gestohlener Vermögenswerte (zu) stärken und alle Formen der organisierten Kriminalität (zu) bekämpfen“ (SDGs, Ziel 16.4). Daraus ergibt sich für Deutschland unmittelbarer Handlungsbedarf z. B. hinsichtlich einer restriktiven Rüstungsexportpolitik. Ohne die Definition von klaren Kriterien für Rüstungsexporte und eine konsequente ressortübergreifende Friedens- und Entwicklungspolitik wird Deutschland der eingegangenen Verpflichtung nicht gerecht werden können. Die EKD würdigt die vorhandenen Ansätze als Schritte in die richtige Richtung und mahnt gleichzeitig an, die sicherheitspolitische Konzeption im Weißbuch diesem Politikziel entsprechend anzupassen.

4. **Gemeinsame Sicherheit und Versöhnung stärken**

Das Grundgesetz verpflichtet Deutschland dazu, „dem Frieden in der Welt zu dienen“. Durch die friedliche Revolution und den Fall der Mauer gilt unser Land weltweit als Beispiel für Frieden und Versöhnung. Auf der Grundlage dieser besonderen und verpflichtenden Erfahrungen sollte sich Deutschland mit seinem ganzen Gewicht dafür engagieren, dass Institutionen und Strukturen gemeinsamer Sicherheit gerade zwischen potentiellen Konfliktgegnern errichtet, gestärkt und gesichert werden. Hierzu müssen auch Interessen und Wertekonflikte offen benannt und zum Thema gemacht werden. Innerhalb der verschiedenen Systeme kollektiver Sicherheit, in die Deutschland eingebunden ist, sollte unser Land seine Bündnispartner in kritischer Solidarität dazu ermutigen, nicht auf Konfrontation, sondern vielmehr auf Dialog und Versöhnung zu setzen. Ein Gleichgewicht des Schreckens ist aus friedensethischer Perspektive keine Option für die Zukunft. Die EKD fordert daher die Bundesregierung auf, sich entschieden für atomare Abrüstung und eine internationale Ächtung von Atomwaffen einzusetzen.

5. **Position beziehen in der politischen Strategie**

Wie die Bundeswehr der Zukunft aussehen soll, hängt davon ab, welche Rolle Deutschland zukünftig in der Staatengemeinschaft spielen will. Welche außen- und sicherheitspolitischen Ziele werden als prioritär eingestuft? Mit welchen vorrangigen Mitteln sollen diese Ziele angegangen werden? Die EKD hält eine kohärente, res-

sortübergreifend koordinierte friedens- und sicherheitspolitische Strategie unter dem Primat ziviler Krisenprävention weiterhin für unerlässlich. Das Weißbuch 2016 wird daran zu messen sein, inwieweit es Schritte in diese Richtung markiert und eine strategische Perspektive für die Politik der kommenden Jahre eröffnet. Hierbei sollten neben notwendigen Risiko- und Bedrohungsanalysen vermehrt auch systematische Chancenanalysen zum Tragen kommen, um konstruktive Prozesse, Akteure und Zusammenhänge zu identifizieren und zu befördern. Dies alles ist nicht zuletzt auch von hoher Relevanz für die Soldatinnen und Soldaten wie auch für die zivilen Mitarbeitenden, die weltweit mit deutschem Auftrag im Einsatz sind – unter teilweise lebensgefährlichen Bedingungen.

6. **Kohärentes Handeln und vernetzte Praxis stärken**

Sicherheit kann weder unilateral noch allein durch Streitkräfte, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden gewährleistet werden. Erforderlich ist ein umfassender, präventiv ausgerichteter Ansatz. In Auslandseinsätzen müssen die jeweiligen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure sowie die gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge berücksichtigt werden, die globale, regionale und lokale Kontexte prägen. Es gilt, eine Kohärenz militärischer und ziviler Maßnahmen vor Ort sicherzustellen und zugleich die Eigenständigkeit vor allem der zivilgesellschaftlichen Akteure und NGOs zu wahren. Die EKD sieht die Bundesregierung in der Verantwortung, den Austausch und die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Ressorts und zivilgesellschaftlichen Akteuren systematisch zu fördern und ihre jeweilige Fachkompetenz einzubeziehen.

7. **Militärisches Engagement kriteriengeleitet abwägen und evaluieren**

Der Einsatz militärischer Gewalt schafft keinen Frieden. Er kann im besten Falle der Politik für eine begrenzte Zeit den Raum schaffen, mit zivilen Mitteln friedensschaffende und friedensfördernde Prozesse in Gang zu bringen. Faktisch jedoch laufen Armeen häufig in die „Verfügbarkeitsfalle“: Sie werden entsandt, weil sie nun einmal da sind. Demgegenüber fordert die EKD: Bei der Förderung des Friedens müssen gewaltfreie Mittel Vorrang haben. Androhung und Anwendung militärischer Gewalt kann aus Sicht der evangelischen Friedensethik zwar als äußerste Handlungsmöglichkeit zur befristeten Sicherung der äußeren Rahmenbedingungen für einen eigenständigen Friedensprozess ethisch legitim sein. Jeder Einsatz von Gewalt muss jedoch ein-

gebettet sein in ein umfassendes friedens- und sicherheitspolitisches Konzept unter dem Primat der zivilen Krisenprävention und mit dem Ziel der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Für den Einsatz militärischer Mittel müssen enge, transparente und überprüfbare ethische Kriterien angewandt werden, wie sie, hervorgegangen aus einer langen Geschichte politischer Praxis und ethischer Reflexion, in den Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt vorliegen. Zugleich ist es unerlässlich, dass militärische Einsätze ebenso wie Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung laufend evaluiert werden am Maßstab ihrer tatsächlich friedensfördernden Wirkung.

8. **Krisenprävention und zivilen Instrumentarien den Vorrang geben**

Wenn sich die strategischen Ziele deutscher Außenpolitik vorrangig der „Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit“ bedienen sollen (Koalitionsvertrag vom 16.12.2013), dann müssen die zivilen Instrumente auch angemessen ausgestattet und gefördert werden. Aus dem „Review- Prozess“ des Auswärtigen Amtes wurden Konsequenzen gezogen, die in eine gute Richtung weisen: Es wurde eine eigene Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge geschaffen, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) wird ausgebaut, die entsprechenden Budgets für das Auswärtige Amt und das BMZ wurden in den Haushaltsansätzen für 2016 aufgestockt. Die EKD engagiert sich selbst in besonderer Weise im Zivilen Friedensdienst (ZFD) und spricht sich dafür aus, den eingeschlagenen Kurs der Bundesregierung noch konsequenter in Bezug auf den Mitteleinsatz und die Kohärenz der Politikziele fortzusetzen. Etwa im Bereich der Bereitstellung deutschen Personals für internationale Polizeimissionen sollte das augenblickliche Engagement deutlich erhöht werden. Das Weißbuch 2016 wird daran zu messen sein, ob es die für eine Krisenfrüherkennung und zivile Konfliktbearbeitung unerlässliche Vielfalt an Instrumenten in angemessener Weise berücksichtigt und ob es diese Instrumente konzeptionell miteinander in Zusammenhang bringt.

9. **Demokratische Prinzipien der Bundeswehr absichern**

Mit dem Prinzip der Inneren Führung, der Achtung der Gewissensfreiheit, dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung und dem Anspruch ethischer Ausbildung steht die Bundeswehr für hohe Standards. Die EKD appelliert an die Verantwortlichen, diese ethisch reflexiven, demokratischen Prinzipien weiterhin zu stärken, gerade auch angesichts zunehmend internationalisierter Handlungsbedingungen. Hierzu ist eine kontinuierliche ethische Am gerechten Frieden orientieren 4 www.ekd.de Bildung im Karriereverlauf unerlässlich. Zudem sieht die EKD die Bundesregierung in der Verantwortung, im neuen Weißbuch Belastungen durch schwierige und zum Teil unzumutbare Einsatzbedingungen und Ausstattungsmängel offen zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen. Von Einsatzbelastungen Betroffene müssen verlässlich Unterstützung erhalten, zugleich gilt es, zugrunde liegende Probleme entschlossen anzugehen. Als Arbeitgeberin muss die Bundeswehr die Lasten und Belastungen des Soldatenberufs in der Personalgewinnung realistisch darstellen. Eine Anwerbung von Minderjährigen muss ausgeschlossen werden. Zudem muss die Bundeswehr aktuelle berufsethische Herausforderungen im Blick haben, etwa durch neue Formen von militärischen Szenarien (Asymmetrisierung), und Soldatinnen und Soldaten aktiv in einem verantwortungsvollen Umgang unterstützen und anleiten.

10. **Zivile Einsatzkräfte wertschätzen und unterstützen**

Die EKD hat sich bereits in der Vergangenheit für ein politisches Konzept für Rückkehrer sowohl aus zivil als auch aus militärisch geprägten Einsatzfeldern stark gemacht. Die Verantwortung für die beauftragten Menschen endet nicht mit dem Einsatz, sondern muss auch die anschließende Betreuung und Absicherung umfassen. Im Bereich der Rückkehrer- und Hinterbliebenenbetreuung in der Bundeswehr wurden in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt. Es ist unerlässlich, dass zivile Einsatzkräfte in Zukunft ebenfalls die notwendige Unterstützung erfahren.

https://www.ekd.de/EKD-Texte/eckpunkte_sicherheitspolitik.html

70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg und (k)ein bisschen Frieden. Impulsreferat für eine Podiumsdiskussion mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten am 20. Nov. 2015, 19 Uhr in Lörrach von Theodor Ziegler

1. (K)ein bisschen Frieden?

Definiert man Frieden als Abwesenheit vom Krieg, dann leben wir seit dem Ende des 2. Weltkrieges in Frieden – wir Deutsche und die meisten Europäer. Das ist nicht nur *bisschen Frieden*. Gemessen an anderen Epochen der europäischen Geschichte ist dies eine erstaunlich lange Zeit. Dafür können wir froh und dankbar sein.

Schauen wir jedoch über den europäischen Tellerand, dann sehen wir, dass derzeit in 65 Ländern Kriege oder Bürgerkriege ausgefochten werden. Das heißt, ungefähr in jedem dritten Land der Erde. Und wenn man Frieden gar positiv definiert als einen Prozess zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, der Absicherung der Grundbedürfnisse, der freien Entfaltung, demokratischer Entscheidungsstrukturen, dann sind es noch weniger Menschen, die wirklich in Frieden leben.

Die Folgen des Unfriedens im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika bekommen wir Europäer durch die bei uns Schutz suchenden Menschen seit diesem Jahr immer mehr mit. Sie entfliehen ihrer Heimat, weil es dort *kein* bisschen Frieden mehr gibt und weil es in den Flüchtlingslagern rings um ihr Heimatland an ausreichender Versorgung fehlt.

Die Ursachen für diese Kriege sind vielfältig: Ethnische Streitereien, religiöse Alleinvertretungsansprüche, fanatische Terroristen, korrupte Regierungen, Streit um Land und Bodenschätze und so weiter. Das sind die Etiketten, unter denen die einzelnen Kriegsparteien medial firmieren. Doch wenn wir genauer hinschauen, dann merken wir, dass viele europäische Staaten durch ihre koloniale Vergangenheit an der Konfliktenstehung mitbeteiligt waren, dass auch sie ganz handfeste wirtschaftliche und geostrategische Interessen verfolgen. Beispielsweise ermordeten kaiserliche deutsche Truppen vor genau 111 Jahren im heutigen Namibia über 50.000 Herero und Nama, die sich gegen die Ausbeutung durch die deutsche Kolonialmacht zur Wehr setzten. Erst jetzt im Juli wagte es mit Bundestagspräsident Norbert Lammert ein hoher Politiker, dieses Verbrechen als einen Genozid zu bezeichnen. Aber auch heutzutage trägt Deutschland durch seine Waffenexporte an Länder des Nahen und mittleren Ostens oder nach Mexiko zu Kriegen in aller Welt bei und verdient daran.

70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges scheint sich nun die weltweite Konfliktlage wieder zu verschärfen. Die beiden Großmächte USA und Russland sind sich sowohl im Ukraine Konflikt vergangenes Jahr, wie jetzt auch im syrischen Bürgerkrieg durch Drohgebärden, aber auch mit Kampfflugzeugen gefährlich nahe gekommen. Der russische Botschafter in Dänemark sprach im März von einem möglichen Einsatz von Atomwaffen¹, und die USA beabsichtigen demnächst die Stationierung neuer Atombomben in Büchel, Rheinland-Pfalz, mit Billigung der Bundesregierung, obwohl sich der Deutsche Bundestag 2010 für deren Entfernung ausgesprochen hatte².

Eine weitere Dimension der Gewalt ist uns heute vor einer Woche mit den Terroranschlägen in Paris wieder vor Augen geführt worden. Auch wenn Politiker in der verständlichen Situation von Trauer und Wut einen verstärkten Krieg gegen den Terror ankündigen – es bleibt äußerst zweifelhaft, ob wir dadurch dem Frieden näher kommen. Der 2001 von George Bush ausgerufene *war on terror* hat sich seitdem als nicht zielführend erwiesen. Das Ergebnis ist niederschmetternd. Jürgen Todenhöfer, der frühere Bundestagsabgeordnete und Journalist sagte am Dienstag: „Vor 14 Jahren gab es ein paar hundert Terroristen in den Bergen des Hindukusch. Mit Hilfe dieser Bombardements gegen Afghanistan, Libyen, Syrien usw. haben wir jetzt Hunderttausende internationaler Terroristen. Wir haben den Terrorismus gezüchtet. Und es ist eine absurde politische Fehlleistung immer noch zu glauben, dass man es mit Bomben schaffen kann. (...) Die Bomben in diesen Ländern töten zu 90 Prozent Zivilisten. Für jedes Kind, das in diesen Ländern getötet wird, stehen zehn neue Terroristen auf.“³

Bis 2014 sind bei den Kriegen in Afghanistan, Pakistan, Irak 1,3 Mio. Menschen ums Leben gekommen, ohne dass sich der Terror eingestellt hätte.

¹ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-droht-daenemark-mit-atomraketen-a-1024907.html>

² <http://www.spiegel.de/politik/ausland/atomwaffen-russland-droht-usa-mit-gegenmassnahmen-a-1054324.html>

³ <http://www.merkur.de/politik/juergen-todenhoefer-interview-isis-islamischer-staat-is-will-uns-in-die-falle-locken-5874145.html>

Der asymmetrische Krieg war schon in Vietnam nicht gewinnbar. Die traditionelle militärische Sicherheitspolitik führt offenkundig nicht zum Frieden – weder in Afghanistan, im Irak, in Syrien noch in Israel/Palästina.

2. Gibt es Alternativen?

In der politischen Wissenschaft wird seit ein paar Jahren ein neues Friedenskonzept vorgeschlagen: Anstelle der militärischen Sicherheitslogik bedürfe es einer zivilen Friedenslogik, einer friedenslogischen Politik.

Während die Sicherheitslogik die Bedrohung vor allem bei den *Anderen* wahrnimmt, fragt die Friedenslogik: Wo sind *wir selbst* an den Konfliktursachen beteiligt, worin haben die Anderen möglicherweise ein berechtigtes Bedürfnis, das wir ihnen bislang streitig gemacht haben?

Während militärische Sicherheitslogik alles unternimmt, um jeden erdenklichen Gegner in Schach halten zu können und den eigenen Bereich zu sichern, geht Friedenslogik davon aus, dass es wirkliche Sicherheit nur *gemeinsam* geben kann, wenn alle Menschen ihr Auskommen haben. Deshalb müsste wirkliche Friedensarbeit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten investieren. 2014 betrug die weltweiten Rüstungsgaben 1,7 Bill. Euro, während für Entwicklungshilfe lediglich 102 Mrd. ausgegeben wurden.⁴ Die Staaten der Welt geben also siebzehnmals mehr für das Militär aus als für die Beseitigung der Kriegsursachen. In Deutschland ist die Relation etwas besser: Wir geben „nur“ fünfmal mehr für die Rüstung aus als für die Entwicklungshilfe.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden häufig als humanitäre Maßnahmen begründet. Würde die Hälfte des deutschen Verteidigungsetats – also die Kosten für die Waffen – zur Bekämpfung des Hungers eingesetzt, könnte man sämtliche hungernden Menschen auf der Welt mit über 2000 Euro pro Kopf und Jahr vor dem Hungertod bewahren. Das wäre ein wirklich humaner Auslandseinsatz!

Während Sicherheitslogik an den nationalen Machtinteressen, den wirtschaftlichen Interessen orientiert ist und die Rohstoffzulieferungen und die Handelswege im Zweifelsfall militärisch absichert, bemüht sich die Friedenslogik um gerechte Handelsbeziehungen. Wir können dies am aktuellen Streit um TTIP und CETA sehen, wo Deutschland und die an-

deren EU-Staaten mit den USA und Kanada eine Freihandelszone aufbauen wollen. Solche Abkommen grenzen natürlich alle anderen Länder aus und schaffen neue Feindseligkeiten und Kriegsursachen. Die friedenslogische Alternative hierzu wäre der Aufbau eines fairen, freien Welthandels zwischen *allen* Ländern.

3) Erste Schritte

Ein gutes Beispiel für eine friedenslogische Politik war der KSZE-Prozess, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Sicherheit gibt es nur gemeinsam mit den bisherigen Gegnern. Zwischen 1973 bis 1975 kam es in Helsinki zu einer Verständigung zwischen dem Osten und dem Westen. Daraus entstand 1995 die OESZ⁵, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Leider kam dieser europäische Verständigungsprozess zwischenzeitlich ins Stocken. Zwar wurde die Warschauer Vertragsorganisation 1991 aufgelöst, die NATO ist jedoch geblieben und weitet sich – entgegen früheren Versprechungen – immer mehr nach Osten aus.

Friedenslogisch wäre es, die OSZE mit ihre 57 Mitgliedsstaaten zum alleinigen Sicherheitssystem in Europa aufzubauen. Korrespondierend mit dem Aufbau einer internationalen OSZE-Polizei sollten die nationalen Armeen und die NATO abgebaut werden.

Damit entfielen auch die militärische Rüstungsproduktion sowie der damit verbundene weltweite Waffenhandel. Ein weiteres wichtiges Signal einer friedenslogischen Politik könnte die Bekräftigung der Bundestagsentschließung von 2010 zum Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland sein.

Wenn wir uns in Politik und Gesellschaft um eine friedenslogische Politik bemühen und es in Europa gelänge, diese umzusetzen, hätten wir auch ein Modell für andere Kontinente und für die UN-Ebene.

Wenn wir den Krieg als Institution abschaffen wollen, wie es Carl-Friedrich von Weizsäcker 1963 gefordert hat, dann müssen wir dieses Ziel als Leitbild in die politischen Programme und kirchlichen Denkschriften reinschreiben und darüber sprechen, wie wir es schrittweise umsetzen wollen. Ich sehe keine Alternative zu einer friedenslogischen Politik. Deshalb freue ich mich, wenn *ultima-ratio*-Militärbefürworter und Pazifisten darüber ins Gespräch kommen.

4

www.welthaus.de/fileadmin/user_upload/Bildung/pdf_fuer_Downloads/Datenblatt-Entwicklungspolitik.pdf

5

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/OSZE/Uebersicht_node.html

Die Kriterien für einen Einsatz sind nicht erfüllt. Eine Stellungnahme des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer militärischen Beteiligung Deutschlands am Kampf gegen den sog. „Islamischen Staat“ in Syrien

von Renke Brahms, EKD-Friedensbeauftragter (2.12.15)

Sachstand

Das Kabinett hat am 1. Dezember 2015 beschlossen, Frankreich im Kampf gegen den Terrorismus des sogenannten "Islamischen Staates" auch militärisch zu unterstützen. Danach ist vorgesehen, mit einer Fregatte den französischen Flugzeugträger "Charles de Gaulle" zu schützen, von dem aus Einsätze gegen den IS in Syrien geflogen werden. Ferner sollen Tornado-Flugzeuge über Syrien fliegen und ein Lagebild liefern. Außerdem sollen Luftbetankungsflugzeuge zum Einsatz kommen. Der Einsatz ist zunächst auf ein Jahr befristet. Der Generalinspekteur der Bundeswehr rechnet mit einem Einsatz von 1200 Soldaten für diese Unterstützung. Von einer erheblich längeren Dauer der Kampfhandlungen insgesamt ist auszugehen. Es ist nicht geplant, eine neue UN-Resolution zu beantragen. Der Kabinettsbeschluss beruft sich auf Art. 51 der UN-Charta sowie auf Resolution 2249 (2015) in Verbindung mit Art. 42 Abs. 7 des EU-Vertrages.

Stellungnahme

Aus Sicht des Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland ist dazu auf der Grundlage der Friedensdenkschrift "Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen" 2007 folgendes anzumerken:

1. Nach den furchterlichen Anschlägen in Paris sind die Trauer, der Schrecken und auch die Wut, wie sie in Frankreich und von Anteilnehmenden Menschen weltweit artikuliert worden sind und werden, nur zu gut zu verstehen. Diese Selbstmordattentate und das gezielte Töten vieler unschuldiger Opfer sind brutale Verbrechen. Unser Mitgefühl, unsere Solidarität und unser Gebet gelten zuallererst den Angehörigen der Opfer und denen, die verletzt wurden. Solidarität muss auch dem uns Deutschen so verbundenen französischen Volk insgesamt gelten. Wir verstehen, dass die deutsche Bundesregierung unter einem starken Druck steht, den französischen Verbündeten mit wirksamen Mitteln zu unterstützen. Deutschland fordert europäische Solidarität ein und steht auch in der Pflicht zu

solidarischem Handeln in Europa. Gleichzeitig aber braucht es Besonnenheit und Augenmaß in der Reaktion. Eine "uneingeschränkte Solidarität" wie sie nach 9/11 erklärt wurde, darf nicht voreilige und unter Umständen weitreichende Maßnahmen legitimieren, die wie in Afghanistan zu zweifelhaften Ergebnissen führen würden. Und Solidarität und Mitgefühl gelten auch den Angehörigen der Opfer in Ankara, Beirut, Tunis und den vielen anderen Städten Syriens und des Irak sowie Ländern, in denen Opfer des Terrorismus zu beklagen sind.

2. Das Leitbild des Gerechten Friedens, wie es die EKD vertritt, geht von einem Vorrang des Zivilen und der Gewaltfreiheit vor allen militärischen Mitteln aus. Dabei geht es nicht nur um die Instrumente einer zivilen und gewaltfreien Konflikttransformation im engen Sinne, sondern ausdrücklich um den Vorrang des Politischen - das heißt der diplomatischen Mittel im Sinne von Verhandlungen. Deshalb ist zunächst und zu allererst auf den politischen Prozess zu setzen, der mit den Wiener Gesprächen begonnen hat und der sehr bald fortgesetzt werden muss. Nur die Einbeziehung vieler am Konflikt beteiligter Staaten inklusive Russlands und der Nachbarländer wird einen Prozess ermöglichen, der dem sog. IS den Boden entzieht. Auch die beim G20-Gipfel besprochenen Maßnahmen müssen zeitnah umgesetzt werden. Dazu gehört es vor allem, die Finanzströme des Terrorismus zu unterbrechen. Noch ist das Zeitfenster nicht geschlossen, in dem entschiedener politischer Druck auch durch die als Vermittlerin geschätzte deutsche Regierung die regionalen Akteure und Russland zu einem lösungsorientierten Kompromiss bewegen kann. Gerade angesichts der Konfrontation zwischen Russland und der Türkei nach dem jüngst erfolgten Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges durch türki-

sches Militär ist sofortige entschlossene De-eskalation nötig. Jede direkte militärische Intervention oder gar ein Einsatz von Bodentruppen werden die Eskalation beschleunigen und auch einer weiteren Internationalisierung des islamistischen Terrorismus Vorschub leisten. Das Kalkül des IS, das auf eine Solidarisierung und Radikalisierung der sunnitischen Umma angelegt ist, würde erfüllt und die Legitimität der Politik des Westens in irreparabler Weise geschädigt.

3. Nach den Grundsätzen evangelischer Friedensethik, wie sie in der Friedensdenkschrift "Aus Gottes Frieden leben für gerechten Frieden sorgen" aus dem Jahr 2007 festgehalten sind, ist der Einsatz militärischer Gewalt nur als äußerste Möglichkeit im Sinne rechtserhaltender Gewalt angesichts schwerster andauernder Menschenrechtsverletzungen legitim. Dazu muss zwingend ein Mandat des UN-Sicherheitsrates vorliegen oder ein Fall von Selbstverteidigung gegeben sein, dies aber nur solange der UN-Sicherheitsrat noch nicht tätig geworden ist (Ziff. 102, Ziff. 119). Die Friedensdenkschrift formuliert eng begrenzte Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt: Militärische Maßnahmen müssen "Bestandteil einer kohärenten Friedenspolitik unter dem Primat des Zivilen bleiben" (Ziff. 118). Einbeziehung und Zustimmung der lokalen Konfliktparteien sind - wenn irgend möglich - sicher zu stellen (Ziff. 120). Eine "begründete Aussicht auf Erfolg" für den Einsatz rechtserhaltender militärischer Gewalt muss sich darin zeigen, dass eine bewaffnete Friedensmission Teil eines "friedens- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts" zu sein hat (Ziff. 122). Wenn diese Prüfkriterien auf eine deutsche Beteiligung an Militärschlägen gegen den sog. IS auf syrischem Territorium angewandt werden, kommen wir zu dem Schluss, dass in der jetzigen Situation in Syrien diese Voraussetzungen nicht vorliegen. Daher widerspricht der Friedensbeauftragte der EKD einem deutschen militärischen Engagement unter diesen Voraussetzungen.
4. Für einen militärischen Einsatz der Bundeswehr in Syrien liegt bisher kein Mandat des Weltsicherheitsrates vor. Die Rechtslage hierzu wird, auch von Fachleuten, unterschiedlich beurteilt und kann zumindest als nicht gesichert bezeichnet werden. Zwar wird zurzeit noch darüber diskutiert, ob ein militärisches Engagement Deutschlands als Kampfeinsatz bezeichnet werden kann und damit ein ausdrückliches UN-Mandat nach Kap. VII der UN Charta nötig ist oder ob es sich um bloße logistische Unterstützung handelt und damit ein einfacher Bundestagsbeschluss auf der Grundlage der UN Resolution 2249 und weiterer schon vorliegender Resolutionen ausreichend wäre. In jedem Falle aber wäre Deutschland mit den Einsätzen Konfliktpartei und Teil von Operationen, die vom französischen Verbündeten eindeutig als Krieg bezeichnet werden. Die friedensethische Denkschrift der EKD fordert auch für eine militärische Intervention "unterhalb der Schwelle von Kampfeinsätzen" die "Autorisierung und Legitimation in Form einer klaren völker- und verfassungsrechtlichen Grundlage" (Ziff. 121).
5. Terrorismus ist ein Verbrechen und ist wie ein Verbrechen zu bekämpfen. Die Kriegsrhetorik führt in die Irre und darf das Handeln nicht bestimmen. Nach 9/11 haben wir genau das leider erlebt. Die aktuellen Entwicklungen und das Erstarken des IS sind auch eine Folge der Intervention einer "Koalition der Willigen" im Irak und des Versagens dieser Koalition nach dem sogenannten "Sieg" über Saddam Hussein. Zehntausende Soldaten des irakischen Regimes wurden ohne eine Entwaffnung entlassen. Die sunnitische Bevölkerung wurde unter der Regierung Maliki ausgegrenzt, ohne dass die westlichen Staaten effektiv widersprachen. Heute sind die Offiziere der ehemaligen Armee des Iraks führende Leute des IS.
6. Auch wenn das humanitäre Elend zum Himmel schreit und einen moralischen Druck zum Handeln erzeugt, zeigen sich für ein militärisches Eingreifen, das nach allen Erfahrungen in der Konsequenz die Probleme potenziert, keine belastbaren Erfolgsaussichten. Deshalb setzen wir auf politische Verhandlungen, einen geduldigen Weg politischer Überzeugungsarbeit und zivilgesellschaftlichen gewaltfreien Engagements und auf die Inklusion aller gesellschaftlich relevanten Gruppen in den jeweiligen Staaten bzw.

Staatsfragmenten. Besondere Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit den wenigen in Syrien verbliebenen zivilgesellschaftlichen Friedensakteuren. Hier liegen die eigentlichen Ressourcen für einen künftigen syrischen Modus Vivendi.

7. Langfristig halten wir es für nötig, die Erfahrungen aus der Politik der westlichen Staaten in den letzten 60 Jahren in Ruhe auszuwerten. Dazu wird auch die Einsicht in die Mitverantwortung des Westens für die in diesen

Jahren gewachsenen Konflikte sowie die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses des Westens zu den Ländern des Nahen Osten gehören müssen. Zu lange haben in diesem Verhältnis geostrategische und wirtschaftliche Interessen die entscheidende Rolle gespielt. Eine friedliche Zukunft wird sich nur auf der Grundlage einer Partnerschaft und des Interessenausgleichs zwischen allen Ländern erreichen lassen.

Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden, Stellungnahme der Ev. Landeskirche in Baden zum geplanten Militäreinsatz in Syrien (03.12.2015)

Zahlreiche Terroranschläge in Paris, in Ländern des Nahen Ostens und Afrikas verbreiten Schrecken, Angst und Wut. Wir trauern mit den Familien der Opfer. Solidarisch mit ihnen, mit ihren Völkern und allen Menschen guten Willens fordern wir ein Ende von Terror und Gewalt und treten dafür ein, dass alle erdenklichen politischen Mittel eingesetzt werden, um diesem Ziel näher zu kommen. Der Beschluss des Bundeskabinetts zur Beteiligung der Bundeswehr an einem Militäreinsatz in Syrien, um mit Frankreich und anderen Verbündeten den islamistischen Terror zu bekämpfen, erfüllt uns mit Sorge. Er folgt einer Logik, durch militärische Gewalt mehr Sicherheit herzustellen. Uns erscheint dies nicht hilfreich, um den islamistischen Terror einzudämmen und Syrien einem Frieden näher zu bringen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Täter von Paris nicht aus Syrien, sondern aus Frankreich und aus Belgien stammten. Terroristische Anschläge sind kriminelle Akte und müssen wie alle Verbrechen mit polizeilichen Mitteln verfolgt und die Täter vor Gericht gebracht werden. Syrien noch mehr mit militärischer Waffengewalt zu überziehen, wird keinen Terroristen davon abhalten, weitere Attentate zu vollbringen. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass ein solches Vorgehen den Terrorismus bestärkt, da dies den Hass auf den Westen noch steigert. Seit September 2014 wird gegen den Islamischen Staat mit militärischen Mitteln vorgegangen. Doch sie haben keinen Erfolg gebracht. Der Islamische Staat ist eine terroristische Organisation, die sehr unterschiedlich zusammengesetzt ist. Viele ehemalige Kämpfer Saddam Husseins haben sich inzwischen dem IS angeschlossen. Oftmals nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus mangelnder Perspektive.

Der friedensethische Beschluss der badischen Landessynode "Richte unsere Füße auf den Weg des

Friedens" vom 24. Oktober 2013 kommt zur Erkenntnis, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden müssen „auf allen Ebenen“. Dabei orientiert er sich an den biblischen Grundaussagen. Das Pauluswort „Lasst Euch nicht vom Bösen überwinden, sondern überwindet das Böse mit Gutem“ (Röm 12,21) ist nicht Ausdruck naiver Weltferne - auf die aktuelle politische Situation übertragen bedeutet es die Aufforderung alle Anstrengungen auf Alternativen zu einem militärischen Vorgehen zu richten, um die Gewaltspirale zu durchbrechen!

Wir treten dafür ein, sorgsam zu prüfen, mit welchen Mitteln Frieden und Freiheit wirklich verteidigt und gesichert werden können und folgen dabei der Resolution der Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 28. November 2015: „Wir setzen uns dafür ein, Terror mit den zivilen Mitteln des Völkerrechts, durch wirtschaftliche Maßnahmen, Sanktionen, den Stopp von Rüstungsexporten in Krisengebiete und in Diktaturen und mit allen erdenklichen Mitteln der Diplomatie, des Gesprächs und des Aufbaus partnerschaftlicher Beziehungen einzudämmen und zu beenden. „ Dies ist eine gemeinsame Aufgabe aller friedliebenden Menschen, aller Staaten und aller Religionsgemeinschaften.

Auch wer den Einsatz von Waffen nicht grundsätzlich ausschließt, wird zu ähnlichen Einschätzungen gelangen. So macht der Friedensbeauftragte der EKD, Bischof Renke Brahm, in seiner Erklärung vom 2. Dezember 2015 deutlich, dass die Entscheidung für den geplanten Militäreinsatz die ethischen Prinzipien nicht erfüllt, welche die EKD in der Friedensdenkschrift 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ benannt hat. Nach dem Verständnis der EKD Denkschrift darf militärische Gewalt nur als letztes Mittel bei andauernden schwersten Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. Zwingend muss ein Mandat des UN-

Sicherheitsrates vorliegen. Militärisches Eingreifen muss „begründete Aussicht auf Erfolg“ haben und Teil eines „friedens- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts“ sein. Dies ist augenscheinlich bei dem Militäreinsatz in Syrien nicht der Fall. Die Versuche, den islamistischen Terror durch Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak zu stoppen, haben eher das Gegenteil bewirkt: sie haben die Gesellschaften in diesen Ländern destabilisiert, den Terror gefördert und große Flüchtlingsströme ausgelöst. So trägt auch die Politik des Westens hier eine Mitverantwortung für die Entwicklungen der letzten Jahre.

Darum rufen wir auf zur Besonnenheit und fordern die politisch Verantwortlichen auf, keine vorschnel-

len Entscheidungen zu treffen, sondern genau zu prüfen, welche Instrumente gegen den Terrorismus tatsächlich helfen.

Wir rufen alle friedliebenden Menschen in allen Religionsgemeinschaften auf, die Stimme zu erheben, für friedliche Lösungen zu beten und tatkräftig einzustehen. Wir erinnern an die Friedensbotschaft Jesu, die den Christinnen und Christen den Weg weist. Mit unseren Schwestern und Brüdern aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und in vielen Kirchen weltweit sind wir überzeugt: „Frieden kann nicht mit Waffen gewonnen werden“.

Impressum

Das „**FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden**“ ist der Zusammenschluss von rund 75 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878

FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

<http://www.ekiba.de/html/content/rundbriefe.html>

Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55

Redaktion: Dr. Dirk-M. Harmsen, Bertha-von-Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe,

Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739.

Beitrittsformular

Forum FriedensEthik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden

z. Hd. v. Dr. Dirk-M. Harmsen

Bertha-von-Suttner-Straße 3a

76139 Karlsruhe

Ich trete dem FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden bei:

Name **Vorname**

Straße, Nr. **PLZ, Ort**

Telefon **Telefax**

eMail

Geburtstag **Beruf**

Mitglied. der Ev. Lk. Bad.? **Ja** **Nein** Bei Nein, Religion?

Darf Ihr Name und Ihre Adresse an die anderen Mitglieder weitergegeben werden? **Ja** **Nein**

Zahlungsweise der Kostenumlage (z.Zt. 25,00 €/a) durch: **Überweisung** **Lastschrift**

Konto des **FORUM FRIEDENSETHIK** in der Evangelischen Landeskirche in Baden:
Volksbank Karlsruhe (IBAN DE76661900000010289955, BIC GENODE61KA1)

Ort, Datum **Unterschrift**

Es erleichtert unserer Arbeit sehr, wenn wir Ihre **Kostenumlage** abbuchen können. Bitte füllen Sie dazu die Einzugsermächtigung aus:

Einzugsermächtigung mittels SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich das **FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche Baden**, (Gläubiger-ID: DE13ZZZ00000620050) meine fällige **Kostenumlage** von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Forum Friedensethik auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt.

Kontoinhaber/in **Vorname**

Kreditinstitut

Konto-Nr./IBAN **Bankleitzahl/BIC**

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ort, Datum **Unterschrift**